Altpreußische Zeitung

Elbinger Tageblatt.

Dieses Blatt (früher „Neuer Elbinger Anzeiger") erscheint werktäglich und kostet in Elbing pro Quartal 1,60 ℳ, mit Botenlohn 1,90 ℳ, bei allen Postanstalten 2 ℳ

Telephon-Anschluß Nr. 3.

Insertions-Aufträge an alle auswärtigen Zeitungen vermittelt die Expedition dieser Zeitung.

RECHT UND WAHRHEIT.

Inserate 15 ₰., Nichtabonnenten und Auswärtige 20 ₰. die Spaltzeile oder deren Raum, Reklamen 25 ₰. pro Zeile, Belagsexemplar 10 ₰. Expedition Spieringstraße 13.

Verantwortlich für den gesammten Inhalt: Max Wiedemann in Elbing.

Eigenthum, Druck und Verlag von H. Gaartz in Elbing.

Nr. 46. Elbing, Donnerstag, den 24. Februar 1898. · 50. Jahrgang.

Aus der Chronik von 1848.

22. Februar. Kassel. Die Ständeversammlung wird vertagt.

München. Amtlich wird mitgetheilt, daß ein allerhöchster Befehl an die Gräfin Landsfeld, München oder sogar Bayern zu verlassen, nicht ergangen sei. Ein solcher Befehl würde ungesetzlich gewesen sein. Der König hat der Gräfin schriftlich nur den Wunsch ausgedrückt, München schleunigst zu verlassen, um ihr Leben zu retten.

Paris. 8 Uhr Morgens. Der Minister des Innern telegraphirt an die Präfekten: „Die von der Regierung in Folge eines im Namen des Banket-Comités veröffentlichten Manifestes getroffenen Maßregeln haben die Opposition veranlaßt, auf das Vorhaben der Demonstration und des Bankets zu verzichten. Paris ist vollkommen ruhig." — Das Lokal, in dem das Banket abgehalten werden sollte, wird von Munizipalgarden besetzt. In der Nähe jeder Barriere stellt sich Infanterie und Kavallerie auf. Um Mittag bewegen sich große Volksmassen lärmend und tobend hin und her unter den Rufen: „Nieder mit Guizot! Nieder mit dem Ministerium!" Die Läden sind geschlossen. In einigen Straßen werden Barrikaden gebaut. Zwischen dem Volk und Militär kommt es zu vereinzelten, unbedeutenden Zusammenstößen. In der Deputirtenkammer legt Odilon Barrot die Anklage-Akte gegen die Minister auf den Tisch des Hauses. Guizot tritt an den Tisch, liest die Anklage und lächelt verachtungsvoll.

Die Postreform des Herrn v. Podbielski.

Dem Reichstag ist nunmehr, schneller noch als nach der vorherigen Ankündigung zu erwarten war, die Novelle zu den Postgesetzen vorgelegt worden. Der neue Staatssekretär Herr v. Podbielski will mit dieser Vorlage den Befähigungsnachweis für seinen Beruf als Postreformator erbringen. Es ist von vorneherein anzuerkennen, daß der Gesetzentwurf zwei Reformen bringt, die von dem früheren Leiter des Reichspostamts Herrn v. Stephan seit Jahren vergeblich gefordert worden sind.

Zunächst soll das Gewicht für einfache Briefe auf 20 Gramm erhöht werden. Bisher hat die Reichspostverwaltung dieser berechtigten Forderung hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. Jetzt werden in der Begründung des Gesetzes die Klagen über das bisherige Maximalgewicht des einfachen Briefes von 15 Gramm als berechtigt anerkannt, und zwar als so berechtigt, daß die bekannte Furcht vor dem Ausfall in den Einnahmen nicht dazu verleiten könne, die längst herbeigesehnte Gewichtserhöhung noch länger zu versagen. Die in den Jahren 1893 und 1894 im Reichstage von der Reichspostverwaltung aufgestellte Behauptung, daß der Ausfall 4 bis 5 Millionen betragen werde, wird in der Begründung als unhaltbar nachgewiesen; der zu erwartende Ausfall wird jetzt auf rund 2½ Millionen Mk. jährlich veranschlagt. Es wird mitgetheilt, daß diese frühere Schätzung nur auf einer dreitägigen Zählung im Jahre 1891 beruht hat, bei welcher wahrscheinlich eine zufällige, ungewöhnliche Steigerung in der Einlieferung doppelter Briefe vorgekommen sei. Die neue Schätzung beruht auf siebentägigen Zählungen, welche 1894 und 1897 stattfanden. Das Zugeständniß der Reichspostverwaltung, in der Schätzung des Ausfalles sich um einige Millionen geirrt zu haben, zeigt wieder, wie sehr kritisches Mißtrauen selbst gegenüber den zahlenmäßigen Angaben vom Bundesrathstisch am Platze ist.

Eine weitere Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes ist die Bestimmung der Vorlage, daß die Ortsbrieftaxe durch den Reichskanzler auf Nachbarorte ausgedehnt werden kann, die durch den Verkehr enge verbunden sind. Es soll also die Ortsbrieftaxe von 5 Pfennig künftig Geltung haben nicht nur für den Verkehr mit den Vororten der Städte, sondern für den Verkehr auch mit solchen Nachbarpostorten, „welche, ohne jene Bedingung zu erfüllen, so nahe bei einander liegen, und in so engen wirthschaftlichen Beziehungen stehen, daß sie als ein einheitlicher Verkehrsbezirk angesehen werden können." Auf Grund von Verfügungen des Reichskanzlers soll im Reichspostgebiet nach vorläufigen Ermittelungen die Maßregel sich auf mehrere Hundert Ortsgruppen erstrecken. Der Einnahmeausfall ist auf 1¼ Millionen Mark jährlich geschätzt. Der Einnahmeausfall aus der Herabsetzung der Gebühr für Stadtbriefe in Berlin und seinen Vororten von 10 Pfg. auf 5 Pfg. wird auf 1¾ Millionen Mark berechnet. Dabei ist aber offenbar nicht gegengerechnet die Mehreinnahme, welche durch Vermehrung der Briefe in Folge der Verwohlfeilerung des Portos in Berlin entsteht.

Obwohl mit einiger Sicherheit anzunehmen ist, daß diese vorgeschlagenen Reformen keine oder nur unerhebliche Verminderungen der Posteinnahmen zur Folge haben werden, hat Herr v. Podbielski gleichwohl eine gesetzliche Maßnahme vorgeschlagen, um die Einnahme der Postverwaltung zu vermehren. Er will das Postregal auch auf den Ortsbriefverkehr ausdehnen. Diese Reform ist in hohem Maße bedenklich und nur allzu sehr geeignet, den Nutzen der beiden zuerst erwähnten Verbesserungen völlig in Frage zu stellen. Gegenwärtig bestehen in größeren und mittleren Städten 78 Privatbeförderungsanstalten, die sich zur Aufgabe gemacht haben, zu einem niedrigen Portosatz den Ortsbriefverkehr zu vermitteln. Diese Privatpostanstalten betreiben ein Geschäft, das so berechtigt wie irgend ein anderes ist; nämlich so weit es die Ortsbriefbeförderung umfaßt. Die geplante Aufhebung des Postregals wäre, wenn sie ohne Entschädigung erfolgte, eine Vergewaltigung wohlerworbener Rechte. Die umfassende Benutzung der privaten Briefbeförderung, namentlich in größeren Städten, ist ein ausreichender Beweis für den Werth, der ihr von den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung beigemessen wird. Der Preisunterschied, der auch nach der in der Vorlage in Aussicht genommenen Herabsetzung des Berliner Stadtbriefportos auf 5 Pf. hier immer noch 2 Pf. pro Brief und in kleineren Orten mehr betragen würde, fällt für Gewerbetreibende, Vereine 2c., welche häufig eine große Anzahl von Briefen auf einmal versenden, ins Gewicht; die Privatanstalten leisten aber für das geringere Porto oder eine unbedeutende Nebengebühr noch weitere Dienste; sie liefern die Briefumschläge, besorgen das Einfalzen und Adressiren der Sendungen, kurz sie übernehmen allerlei geschäftliche Leistungen, welche die Reichspost nicht besorgen kann. Die Errichtung von Privatpostanstalten ist von dem Publikum als eine wahre Wohlthat empfunden worden, weil sie ein starkes Gegengewicht boten gegen den büreaukratischen Fiskalismus der Reichspost, die sich zum Entgegenkommen gegen die berechtigten Wünsche des Publikums nicht verstehen wollte. So sehr die in der Novelle vorgeschlagenen Erleichterungen des postalischen Verkehrs zu begrüßen sind, so wenig ist einzusehen, daß diese Reformen nothwendig mit einer Zerstörung der Privatpostanstalten verbunden sein müssen.

Auch finanzielle Rücksichten können eine solche schädliche Maßnahme nicht rechtfertigen. Der Ueberschuß beläuft sich trotz der Privatpostanstalten auf nicht weniger als 40 Millionen. Dieser Ueberschuß ist trotz der Privatanstalten ein so großer, daß ohne denselben die kostspieligen Landbriefbestellungen und die Packetbeförderungen im Reiche garnicht aufrecht erhalten werden könnten. Um so weniger Recht hat man, der Bevölkerung in mittleren und großen Städten die bisherigen Verwohlfeilerungen ihres Verkehrs durch die Privatposten vorzuenthalten. Von einer Entschädigung der bestehenden Privatverkehrsanstalten, die man dem Untergange weihen will, ist in der Vorlage mit keiner Silbe die Rede. Auch geht die Vorlage darüber schweigend hinweg, daß mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfs Tausende von Angestellten der Privatpostanstalten brotlos werden. Es ist von Herrn von Podbielski in der Budgetkommission des Reichstages bemängelt worden, daß die Privatpostanstalten nicht genügend für ihre Angestellten sorgten. Eine merkwürdige Logik ist es, auf der einen Seite den bestehenden Anstalten Mangel an Fürsorge für ihre Angestellten zum Vorwurf zu machen, auf der anderen Seite aber eine Maßnahme vorzuschlagen, deren Durchführung mit einem Male Tausende von Angestellten, die zu einem guten Theile Familienväter sind, brotlos machen würde.

Prozeß Zola.

Paris, 22. Februar.

Die Verhandlung wird um 12 Uhr 15 Min. vor gefülltem Zuhörerraum wieder aufgenommen. Labori fährt in seinem Plaidoyer fort und giebt den angekündigten Ueberblick über alle die Angelegenheit berührenden Thatsachen, er beginnt mit der Verhaftung des Dreyfus im Oktober 1894 und konstatirt dabei, daß die Verhaftung zwei Blättern, der „Libre Parole" und dem „Eclair", bekannt war. Major du Paty de Clam hatte der Frau Dreyfus unter Androhung schwerer Strafen für ihren Gatten untersagt, von der Verhaftung zu sprechen. Die Mittheilung an die „Libre Parole" wurde demnach nicht von Frau Dreyfus gemacht, sondern von den Bureaus des Kriegsministeriums. „Libre Parole" und „Eclair" brachten lügenhafte Artikel in Betreff der Schuld des Dreyfus. Labori spricht sodann von den Verhören, in welchen du Paty de Clam Dreyfus einzuschüchtern suchte, und von den Eindrücken Forzinettis, des Gefängnißkommandanten, nach dessen Anschauungen Dreyfus unschuldig war. (Murren im Saale.) Der Präsident fordert das Publikum auf, sich still zu verhalten. Labori fährt fort: Nach dieser geheimen Untersuchung, dieser romanhaften Untersuchung, verfügte man Ausschluß der Oeffentlichkeit trotz des Einspruches der Presse. Um diese Geheimthuerei zu rechtfertigen, dazu gehörte absolute Achtung vor dem Gesetze; man beobachtete sie nicht. Die Stärke unserer Gegner, soweit sie guten Glaubens sind, ist ihr Glaube, daß sich alles nach den Regeln der Gesetzlichkeit abgespielt habe. Die Sachen sind jedoch nicht so vor sich gegangen. (Bewegung.) Der Kriegsminister besaß bereits acht Monate vor der Verhaftung des Dreyfus eine Photographie des Schriftstückes „cette canaille de D.", welches bewies, daß ein französischer Offizier zu zwei fremdländischen Militär-Attachés Beziehungen hatte. Dieses Schriftstück bezieht sich nicht auf Dreyfus. Labori weist auf die Wichtigkeit dieses Schriftstückes hin, denn darauf stützte man sich so lange Zeit, um eine Schuld des Dreyfus zu konstruiren. Es ist dies das Schriftstück, welches das „befreiende Dokument" genannt wurde, und welches eine verschleierte Dame Esterhazy zustellte, der es seinerseits gegen Empfangsbescheinigung dem Kriegsministerium übergab.

Labori spricht sodann von der Diktatprobe, der Dreyfus durch General Mercier unterworfen wurde, und fragt: Warum sprach man nicht von diesem Schriftstücke „cette canaille de D." zu Dreyfus und seinem Vertheidiger? Wir hätten die Fremden hierher kommen lassen können, um über die Echtheit des Schriftstückes zu sprechen. (Bewegung.) Der Präsident unterbricht Labori: Wir würden sie nicht verhört haben. Labori erwidert: Wenn wir sie nicht haben hierher kommen lassen, so ist es deshalb, weil wir nur unter uns Franzosen diese nur Franzosen angehende Sache verhandeln wollten. Labori kommt sodann auf die Dreyfus auferlegte Diktatprobe zurück: Diese beweist die Hinfälligkeit des Verfahrens. Denn, wenn man einen Beweis von der Schuld gehabt hätte, würde man nicht seine Zuflucht genommen haben zu einer solchen mise-en-scène, wie die bezüglich des Bordereau's es war, durch Mittheilung eines Schriftstückes, welches nicht in die Verhandlung gehörte, über das auch nicht verhandelt worden war. Labori verliest sodann das Protokoll des Dreyfus-Kriegsgerichtes und fügt hinzu: Ich habe das Aktenstück über diese Angelegenheit in Händen. Ich bezeuge es, daß darin nichts gegen Dreyfus enthalten ist. Ich verpflichte mich mit meiner Ehre dafür. Die Sitzung wird unterbrochen.

Während der Unterbrechung der Verhandlung treten zahlreiche Personen auf Labori zu, um ihm die Hand zu drücken. Labori's gemäßigter, wenn auch fester Ton, seine gewandte Sprache machen anscheinend Eindruck auf die Zuhörer.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung spricht Labori von den angeblichen Geständnissen Dreyfus' gegenüber dem Kapitän Lebrun-Renault nach der Verurtheilung, und behauptet, daß, wenn ein Protokoll über diese Geständnisse existire, es erst nachträglich angefertigt worden sei. Wenn man das Protokoll nicht vorgezeigt habe, so sei es deshalb geschehen, weil die Geständnisse des Dreyfus weder möglich noch wahrscheinlich waren.

Labori giebt eine packende Schilderung der tragischen Vorgänge bei Gelegenheit der Degradation Dreyfus', erinnert daran, daß inmitten der von der unbarmherzigen Menge ausgestoßenen Rufe „Tod!" der Verurtheilte nicht aufhörte, zu rufen: „Es lebe Frankreich!" und bei den Häuptern seiner Frau und seiner Kinder seine Unschuld zu betheuern. Dreyfus habe als einzige Gunst erbeten, daß das Ministerium seine Nachforschungen fortsetze. (Bewegung.) Labori verliest eine Reihe von Briefen des Dreyfus an seinen Anwalt und seine Familie, in denen er fortwährend verlangt, daß man den wirklich Schuldigen suche, und erklärt, wenn Méline den Bericht des Hauptmanns Lebrun-Renault nicht vorgezeigt habe, so sei dies unterblieben, weil die heftigen Unschuldbetheuerungen ihn beunruhigten und für einen Augenblick sein juristisches Gewissen über die Staatsraison stellten, die er sich gebildet habe. (Anhaltende Bewegung.)

Labori fährt fort: Um Geständnisse zu erlangen, ging man bis zum Betrug. Hat nicht du Paty de Clam zu Dreyfus gesagt: „Der Minister wird Sie empfangen, wenn Sie Geständnisse machen wollen?" Labori erinnert an das Verhör von Dreyfus seitens du Paty de Clam; auf eine Anfrage du Paty's habe Dreyfus zugegeben, daß in Einzelheiten eine Aehnlichkeit bestehe zwischen seinen Schriftzügen und denen des Dokuments, aber daß sich beide im Ganzen doch nicht glichen; dann habe Dreyfus versichert, das Dokument niemals geschrieben zu haben und unschuldig zu sein. Labori führt alsdann weiter aus, man habe ein Lügengebäude errichtet. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Beim Schluß der Sitzung kam es zu einer Ovation für Labori. Man schrie: „Es lebe Labori!", was mit anderen Rufen: „Es lebe die Armee, nieder mit den Juden!" erwidert wurde. Im Saal herrschte ein unbeschreibliches Durcheinander. Ein Garde républicain faßte Trarieux am Arm, um ihn hinauszubringen. Trarieux machte sich los und erhob lebhaften Widerspruch: „Ich bin Senator," sagte er, „ich bin unverletzlich!" Der Gardist bestand hierauf nicht weiter auf seinem Verlangen.

Der französische Ministerrath hat beschlossen, sich am Donnerstag zur Berathung der verschiedenen auf den Prozeß Zola oder die damit zusammenhängenden Angelegenheiten bezüglichen Interpellationen der Kammer zur Verfügung zu stellen. Die Regierung wird insbesondere der Berathung der Interpellation Hubbard zustimmen betreffend die Erklärungen des Generalstabschefs Boisdeffre vor dem Schwurgerichtshofe.

Politische Uebersicht.

Wie Herr v. Puttkamer-Plauth die Interessen des Kleingrundbesitzes vertritt. Die angebliche Gemeinschaft der Interessen zwischen Groß- und Kleingrundbesitz ist ein Axiom, auf dem die Führer des Bundes der Landwirthe bei jeder Gelegenheit herumreiten, wo sie auf den Gimpelfang gehen. So wußte auch der Reichstags- und Landtagsabgeordnete für Elbing-Marienburg, Herr v. Puttkamer-Plauth, in der neulichen Kreisversammlung des Bundes der Landwirthe im Gewerbehause allerlei Schönes von der Vertretung der Interessen des Kleingrundbesitzes durch den Bund der Landwirthe zu erzählen, doch erfahren jetzt seine Worte eine sehr lehrreiche Illustration durch den nachfolgend geschilderten Vorgang:

Die „Staatsb.-Ztg." hatte in einem Artikel über die Berathung des Gestütsetats im Abgeordnetenhause bemerkt, daß dieselbe in diesem Jahre mit größerer Gründlichkeit erfolgt sei. „Es scheint fast", fügte die „Staatsb.-Ztg." hinzu, „als hätte die größere Beachtung dieses Mal der Umstand hervorgerufen, daß Herr Rickert aus Putzig den Versuch gemacht hat, die durch die scharfe Handhabung der Körordnung entstandene Erregung für die Zwecke seines bekannten Bauernvereins Nordost zu gebrauchen, die sich in der ländlichen Be-

völkerung häufende Unzufriedenheit über die eigenartige Richtung der Pferdezucht für sich auszubeuten, u. s. w. Dazu geht dem antisemitischen Moniteur folgendes Schreiben zu:

„Das energische Eintreten des Abgeordneten Rickert bei den Berathungen über den Landwirthschafts- und Gestütsetat geschah lediglich auf meine Veranlassung. Obwohl ich unseren Vertreter im Hause der Abgeordneten für die sechs Genossenschaften im Kreise Marienburg, Herrn v. Puttkamer, bat, dem Wunsche der gesammten westpreußischen Pferdezuchtgenossenschaft Rechnung zu tragen und auf eine Abänderung respektive Aufhebung der Körordnung hinzuwirken, erhielt ich von demselben einen langen Beruhigungsbrief, aus welchem ich sehr richtig schloß, daß sich Herr v. Puttkamer in dieser Sache ausschweigen würde. Da ich auf dem Genossenschaftstage am 1. Dezember v. Js. in Marienburg auf Vorschlag des Herrn Bamberg (Stradem) von ca. 70 Vertretern der westpreußischen Pferdezuchtgenossenschaften zum Delegirten derselben gewählt wurde, so sah ich mich genöthigt, um die Sache auf jeden Fall im Hause der Abgeordneten zur Sprache zu bringen, einen anderen Vertreter des Reiches im Hause der Abgeordneten damit zu beauftragen, und wählte einen solchen, von dem ich im Voraus wußte, daß er sich seiner Aufgabe zu meiner vollen Zufriedenheit entledigen, wenigstens nach Kräften für uns eintreten werde. Die in der Nummer 63 dieser Zeitung ausgesprochene Verdächtigung des Herrn Rickert, hierdurch für den Bauernverein „Nordost" gewirkt zu haben, trifft demgemäß nicht zu, und da ich ihm im Namen der Genossenschaften für sein energisches Eintreten für unsere Sache Dank schulde, so halte ich mich auch für verpflichtet, ihn für diesen Fall in Schutz zu nehmen. Joh's Pauls I., Platenhof."

Jeder Kommentar hierzu ist überflüssig.

* * *

Zur internationalen Zuckerkonferenz. Nach Brüsseler Mittheilungen von unterrichteter Seite sind die Meldungen unbegründet, daß die Brüsseler Konferenz zur Abschaffung der Zuckerprämien auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben sei. Die Verhandlungen zwischen den betheiligten Mächten dauern vielmehr fort; natürlicher Weise ist aber eine gewisse Zeit erforderlich, um dieselben zum Abschluß zu bringen.

* * *

Zu den Vorgängen in Ostasien. Wie die Berliner Abendblätter vom Dienstag melden, schloß das Reichspostamt mit dem Rheder Jebsen einen Vertrag betreffend eines regelmäßigen, vierzehntägigen Postdampferdienstes zwischen Schanghai und Kiaotschau ab. Die Fahrt dauert 36 Stunden, der Kajütenpreis beträgt 50 Mk., Zwischendeck 25 Mk. Die Dampfer fahren bis Tschifu und Taku weiter. — Der französische Panzer „Vauban" ging nach Ostasien in See. An Bord desselben befindet sich Admiral Beaumont, der Höchstkommandirende der Schiffsdivision in Ostasien. — Der russische Kreuzer „Rossija" ist in Hongkong eingetroffen. — Zur chinesischen Anleihefrage liegen mehrere einander widersprechende Nachrichten vor, auf deren Wiedergabe wir daher verzichten. — Nach einer Meldung der „Times" aus Hongkong unterm 21. Februar bezüglich der Bewegungen der französischen Truppen sprechen die Zeitungen in Tongking es aus, daß die Truppen bestimmt seien, Hainan zu besetzen.

Deutschland.

Berlin, 22. Februar.

— Der Kaiser nahm heute Vormittag im Stadtschloß zu Potsdam die Vorträge des Chefs des Militärkabinets v. Hahnke und des Ministers des königlichen Hauses v. Wedel entgegen.

— Die Kaiserin Friedrich hat auf die beabsichtigten Reisen nach dem Süden und nach England verzichtet. Sie bleibt bis zum April in Berlin, von wo sie sich dann nach Schloß Friedrichshof in Cronberg begiebt.

— Die Budgetkommission des Reichstages wird am Donnerstag mit der Berathung des Flottengesetzes beginnen.

— Der Börsenausschuß ist heute im Reichsamt des Innern zusammengetreten.

— Gegen die geplante Erweiterung des Postregals auf geschlossene Ortsbriefe haben sich 139 Berliner Vereine mit 243 943 Mitgliedern, sowie der Verein der Tabaksinteressenten mit etwa 13 000 Unterschriften mit Petitionen an den Reichstag gewendet.

— Minister v. d. Recke hat mit dem Geheimrath Lindig im Abgeordnetenhause bei den Verhandlungen in der vorigen Woche so ungünstig abgeschnitten, daß selbst die freikonservative „Schles. Ztg." ihn nicht mehr zu vertheidigen wagt. So schreibt dieselbe in einem längeren Artikel über den Minister: „Daß der Minister des Innern sich als Chef der Polizei durch diese in konkreten Fällen vielfach unberechtigten Angriffe gekränkt fühlt und sich den Angreifern gegenüber in gereizter Stimmung befindet, wird Niemanden Wunder nehmen. Daß er aber so weit ging, die Polizei ganz allgemein als den ausschließlich ungerecht leidenden Theil zu bezeichnen und zu behaupten, daß nicht mehr polizeiliche Uebergriffe vorgekommen seien, als in Folge der „menschlichen Unvollkommenheit" unvermeidlich wäre, kann nur durch einen gewissen Mangel an Verständniß für dringende Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung erklärt werden. Wir sind der Ansicht, daß eine Reorganisation der Polizei ganz sicher vorgenommen werden wird. Sollte Herr v. d. Recke seine Mitwirkung hierzu versagen, oder in nur ganz beschränktem Umfange in Aussicht stellen können, so würde sie eben unter seinem Nachfolger in Angriff genommen werden müssen."

— Gegenüber der gestrigen Erklärung des Abg. v. Kardorff stellt die „Breslauer Ztg." aus einem Prospekt vom Juni 1871 Kardorffs Zugehörigkeit zum ersten Aufsichtsrath der Laurahütte fest.

— In Liegnitz beschloß der auf dem Boden der freisinnigen Volkspartei stehende liberale Wahlverein nach vorheriger Verständigung mit der Zentralleitung der freisinnigen Volkspartei, für die bevorstehenden Landtagswahlen der freisinnigen Vereinigung ein Kompromiß auf der Grundlage anzutragen, daß neben dem Reichstagsabgeordneten Kauffmann (freis. Volksp.) ein womöglich schlesischer Landwirth aus den Reihen der freisinnigen Vereinigung aufgestellt wird. Für die Reichstagswahlen wird als gemeinsamer Kandidat der bisherige Rechtsanwalt Kauffmann in Berlin vorgeschlagen.

— Die Zahl der Rechtsanwälte nimmt in Deutschland Jahr für Jahr in ganz erheblicher Weise zu. Wie das soeben erschienene letzte „Jahrbuch der deutschen Gerichtsverf." besagt, waren zu Ende September 1897 in Deutschland 6350 Rechtsanwälte bei den Gerichten zugelassen gegen 6128 im September 1896, 5918 im September 1895, 5743 im September 1894 und 4599 im September 1885. Gegen das Vorjahr ergiebt sich also eine Zunahme von 222 oder 3,6 pCt., während die Bevölkerungszunahme im gleichen Zeitraum auf etwa 1,15 pCt. anzunehmen ist.

— In dem Disziplinarverfahren gegen den nationalsozialen Pastor Schall, das am Montag in Braunschweig stattfand, hat der Oberstaatsanwalt Amtsentfernung beantragt. Der Hauptstützpunkt der Anklage, daß Schall ein heimlicher Sozialdemokrat sei, wurde fallen gelassen. Das Urtheil wird demnächst gefällt.

Ausland.

Frankreich.

— Französische Anarchisten tauchen wieder auf. In Montpellier explodirte in einem Kaufhause eine Bombe, wodurch einiger Schaden angerichtet wurde. Auch sind noch drei andere Bomben in der Stadt gefunden worden. Seit einigen Tagen war schon die Anwesenheit von Anarchisten signalisirt worden.

England.

— Im Unterhause wurde über die irische Lokalverwaltungsbill verhandelt, die mit wenigen Aenderungen für Irland die gleiche Lokalverwaltung wie in England und Schottland gewährt. Es werden Grafschaftsräthe, städtische und ländliche Distriktsräthe und Armenpflegeräthe gebildet. Das Wahlrecht für alle diese Räthe ist das parlamentarische, jedoch mit dem Unterschiede, daß auch die Pairs und die Frauen stimmberechtigt sind. Es wird ferner vorgeschlagen, Irland aus dem Reichsschatz zur Erleichterung der landwirthschaftlichen Abgaben 730 000 Pfund Sterling zu gewähren. John Morley, Dillon, John Redmond, Saundersohn und Healy kritisiren die Vorlage in günstigem Sinne. Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen.

Amerika.

— In Havanna platzte während eines Balles in einem Theater eine Petarde. Vier Personen wurden schwer verletzt.

Afrika.

— Die zu dem englischen Dampfer „Tourmaline" gehörenden Personen, welche im Januar an der Susküste gefangen genommen worden waren, sind unter starker Bedeckung von Kavallerie und Infanterie in Haba, eine Tagereise von Mogador, eingetroffen.

— Die sudanesischen Truppen, welche revoltirt hatten, haben von Uganda kommend den Nil überschritten. Sie hatten am 9. Januar Fort Lubwas geräumt und wurden von einer englischen Streitmacht verfolgt, welche sie verhindern wollte, den Fluß zu überschreiten.

Heer und Marine.

— Das amerikanische Untersuchungsgericht zur Feststellung der Ursachen des Untergangs der „Maine" ist Dienstag früh zusammengetreten und besichtigte Nachmittags das Wrack. Die Taucher fanden einen kupfernen Zylinder, wie solche zur Heranschaffung der Geschosse an die Geschütze verwandt werden. Die Thatsache, daß dieser explodirt ist, scheint zu beweisen, daß die Explosion im Munitionslager erfolgt ist.

Von Nah und Fern.

* **Wegen des Eisenbahnunglücks bei Eschede** hatten sich am Montag die Bremser H. Brügmann aus Lüneburg, der Bahnwärter Hilner I aus Eschede und der Rollfuhrwerksbesitzer Rühl aus Celle vor dem Schwurgericht in Lüneburg zu verantworten. Wie noch erinnerlich sein dürfte, entgleiste der Sonnabend, den 14. August v. J., Abends von Hannover nach Hamburg abgelassene D-Zug kurz nach seiner Abfahrt von Celle einige hundert Meter vor der kleinen Station Eschede bei Wärterhaus Nr. 30. Die Lokomotive schleppte dann die nachfolgenden Wagen noch etwa 60 Meter weiter, bis sie sich in die glücklicherweise in gleicher Höhe mit dem Bahnkörper befindliche Haide derart festrannte, daß nur noch ihr oberer Theil und der Tender frei blieb, das Untergestell jedoch vollständig im Sande steckte. Der Postwagen hinter der Maschine wurde durch die nachfolgenden Wagen hoch emporgehoben und in der Luft schwebend quer über das Nebengeleise gestellt. Während die beiden nächsten Personenwagen vollständig zertrümmert wurden, blieben die letzten beiden Wagen, ein Personen- und ein Packwagen, beinahe unbeschädigt. Durch die alsbald von Celle herbeieilende Sanitätskolonne der Feuerwehr wurden unter den Trümmern drei Todte und 26 mehr oder weniger Schwerverwundete hervorgezogen. Bald nach der Entgleisung nahte auf dem anderen, durch den Postwagen verstellten Geleise von Hamburg her ein Personenzug, der aber durch Lichtsignale, die der Fabrikdirektor Markworth aus Hannover mit seinem angebrannten Taschentuche gab, rechtzeitig zum Stehen gebracht wurde. Bei den Nachforschungen nach der Ursache des Unfalles stellte sich zunächst heraus, daß an der Entgleisungsstelle die — in der Fahrtrichtung des D-Zuges — linke Schiene des von dem Zuge befahrenen Geleises eine scharfe Einknickung nach innen enthielt, und zwar betrug diese Ausbiegung der Schiene etwa 6 cm und erstreckte sich auf eine Länge von 3,16 m. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß in dieser Schienenknickung die Ursache der Entgleisung zu sehen war. Weitere Wahrnehmungen führten zu der Vermuthung, daß die Schienenknickung durch eine Hebevorrichtung absichtlich hervorgerufen sei und daß demnach der Entgleisung nicht ein Zufall, sondern ein Verbrechen zu Grunde liege. Diese Ansicht, die namentlich von der Eisenbahnverwaltung zu Anfang mit Nachdruck vertreten wurde, und die mit dem Umstand, daß der Kaiser etwa eine Stunde vor dem Unfall, von Hamburg kommend, die Strecke, allerdings das Nebengeleise, passirt hatte, in Verbindung gebracht wurde, führte zunächst dazu, daß auf die Entdeckung des Thäters eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt wurde. Die Hoffnung auf diese Belohnung nun war es, welche den Unteroffizier Müller von der 3. Abth. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 10 in Celle veranlaßte, durch ein Schreiben vom 24. August 1897 der Staatsanwaltschaft mitzutheilen, daß er in der Lage und bereit sei, über den Grund des Unglücks nähere Mittheilungen zu machen. Unter dem 26. August machte er dann folgende Angaben: Am Sonntag, dem Tage nach dem Unglück, sei er an der Unfallstelle gewesen und habe dort den Rollfuhrmann und Kohlenhändler Rühl aus Celle getroffen. Dieser habe ihm erzählt: Gestern Abend kam mein Schwager (der Angeklagte Hilfsbremser Brügmann) wie von Sinnen bei mir an. Auf meine Frage sagte er schließlich, er wäre mit dem Güterzuge, der dem D-Zug begegnete, gekommen. Auf dem zweitletzten Wagen wäre Langholz gewesen und auf der Strecke nun hätten sie solches verloren. Er habe Nothsignal gegeben, aber es habe Niemand gehört; als sie nach Celle gekommen, wäre das Unglück schon passirt. Auf Grund dieser Mittheilungen dehnte nunmehr die Staatsanwaltschaft ihre Untersuchung auch auf den erwähnten Güterzug aus, der hinter dem kaiserlichen Hofzug die Strecke von Hamburg nach Hannover befahren hatte. Es stellte sich dabei in der That heraus, daß die beiden letzten Wagen Langholz geladen hatten und daß während der Fahrt ein zur Befestigung des Holzes dienender „Langbaum" sich gelockert hatte und allmählich herunter geglitten war, um schließlich, nachdem er die gegenüberliegende Schiene geschrammt, in einer Verbindungsstelle der Schienen zu verfangen und der Schiene den „Knick" beizubringen. Bei den nun folgenden Vernehmungen sagte die Frau des Bahnwärters Helms aus, sie habe s. Z. mit ihren Kindern dem Güterzuge nachgesehen und bemerkt, daß der Bremser des letzten Wagens dem Bahnwärter Hillner I, der die Bude vor der ihres Mannes bewohnt, heftig und andauernd zugewinkt habe. Dieser Bremser war der Angeklagte Brügmann. Derselbe hat später einigen Bekannten, so auch seinem Schwager, dem Angeklagten Rühl, von diesen Winken und Zeichen Mittheilung gemacht und zwar so, daß man angenommen hat, er habe Nothsignale geben wollen. Schließlich hat er noch erzählt, er habe in der Nähe der Unfallstelle, die zwischen der Helmsschen und Hillnerschen Wärterbude liegt, einen heftigen Ruck verspürt, der ihn beinahe aus seinem Bremserhäuschen hinausgeworfen hätte. Brügmann wurde daraufhin am 6. September v. J. eidlich über die Angelegenheit vernommen und beschwor, daß er weder den Ruck verspürt, noch den „Langbaum" habe fallen sehen und schließlich auch keine Nothsignale gegeben habe. Er habe Hillner lediglich gewinkt, weil ihm sein Taschenmesser entfallen sei, und damit diesen veranlassen wollen, dasselbe bei der Streckenrevision aufzuheben. Der zweite Angeklagte Rühl, welcher in Celle am Bahnhof ein Rollfuhrwerk- und Kohlengeschäft besitzt, wurde ebenfalls, und zwar am 30. August v. J. auf den Brief des Unteroffiziers hin vernommen und beschwor, daß er verschiedene der ihm darin in den Mund gelegten Aeußerungen nicht gethan habe. Vor Allem habe er nicht davon gesprochen, daß ihm sein Schwager Brügmann von „Nothsignalen" erzählt habe. Dem steht die eidliche Aussage des Unteroffiziers entgegen. Der dritte Angeklagte Bahnwärter Hillner I endlich hat bei seiner eidlichen Vernehmung beschworen, daß er nichts von den angeblichen „Nothsignalen" Brügmanns gesehen habe, welcher Aussage die eidliche Bekundung der Bahnwärtersfrau Helms, die mit ihren drei Kindern die Zeichen gesehen haben will, sowie die Bekundung des Brügmann, daß er dem Hillner I gewinkt habe, entgegensteht. Sonach werden alle drei Angeklagte auch des Meineides beschuldigt.

* **Unter der Spitzmarke „Ein Schulpalast"** bringt die „Preuß. Lehrerzeitung" folgende Schilderung: „Komme ich da neulich durch das Dorf Kreitzig in der Gegend von Schivelbein geradelt, in dem der frühere Landesdirektor von Pommern, Freiherr Dr. v. d. Goltz, wohnt. Ich freue mich über die schmucken, hübschen Tagelöhnerhäuser. Doch in der Mitte des Dorfes, etwas abseits von der Dorfstraße, liegt auf einer prächtigen Anhöhe ein erbärmliches Strohdachgebäude. Des mächtigen Schildes wegen, das über der Hausthüre hängt, halte ich es für den Gasthof. Allein der Fechtbruder, der eben von dort kommt und etwas in die Westentasche steckt, sagt: „Det is keen Wirthshaus. Der Spruch auf dem Schilde heißt: Lasset die Kindlein zu mir kommen." Richtig! Ein Brühl'scher Schulpalast. Vom Schweinestall, Kuhstall und Abort ist die Schulstube nicht durch eine dicke, massive Wand, sondern nur durch eine dünne Lehmwand getrennt. So groß ist der Klassenraum, daß nur drei Viertel der Schüler Platz haben, darum Halbtagsschule; so hoch, daß ein großer Mann gerade aufrecht darin stehen kann; so sicher, daß eine Stütze die Decke tragen muß. Und die Düfte! Der Eingang: vorn Hausflur, hinten pommersche Küche: „Wo Speck und Wurst im Schornstein hängt, wo Schnee und Regen mit Ruß sich mengt und Töpfe und Pfannen mit Tunke füllt", nämlich der bekannte offene Schornstein, dann Wohnstube, Scheunentenne und Torfstall. Nach einem Scheunendach wirst Du vergeblich fragen. Das Heu wird auf den Stubenboden getragen."

* **Das Portemonnaie** feiert in diesem Jahre ein Jubiläum. Das Portemonnaie wurde vor fünfzig Jahren von dem deutschen Buchbindergesellen Karl Hene, der sich damals in Amerika befand, zuerst angefertigt. Es verdrängte sehr schnell die um jene Zeit allgemein gebräuchliche, umständliche Börse.

* **Ein eigenartiger Prozeß** wird demnächst in Mainz verhandelt werden. Der Möbelhändler Hahn, der längere Zeit Vorsitzender des antisemitischen Reformvereins war, klagt gegen diesen auf Entschädigung, weil er durch seine antisemitische Thätigkeit in seinem Geschäft schwer geschädigt worden sei, und man ihm seinerzeit reichlichen Ersatz bei eventuellen Geschäftsschäden versprochen habe. Dieses Versprechen sei seitens des Vereins nicht gehalten worden, weshalb Hahn durch einen Rechtsanwalt Klage erhoben hat.

* **Von einem Todesfall durch Elektrizität** wird aus Basel berichtet. Sonnabend früh riß in der Klybeckstraße, Klein-Basel, ein Telephondraht und fiel über die elektrische Straßenbahnleitung weg zu Boden. Ein vorübergehender Mann wurde getroffen und augenblicklich getödtet. Wie die „Basler Nachr." melden, schlang sich der Draht dem Unglücklichen, einem jungen Arbeiter einer chemischen Fabrik, um den Hals. Der Mann wurde sofort zu Boden geworfen und war auf der Stelle todt. Ein Bahnangestellter, der ihm zu Hilfe eilen wollte, wurde zur Seite geschleudert. Schließlich gelang es, mit Anwendung größter Vorsicht, den Körper des Todten von den Schienen wegzunehmen. Hals und Kopf waren durch furchtbare Brandwunden entstellt.

* **Der Untergang der „Maine."** Bis Sonnabend Morgen waren 142 Leichen von der untergegangenen „Maine" aufgefischt worden. Die meisten waren furchtbar verstümmelt, da Haifische und Raubvögel dieselben angefressen haben. Bei der Explosion selbst sind nach neuester Schätzung 270 Personen umgekommen; 115 Seeleute haben mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten und nur 92 sind unbeschädigt davongekommen. Bereits am Mittwoch hat die Beerdigung eines Theils der Leichen in Havanna stattgefunden. Jede Leiche hatte ihren eigenen Leichenwagen und die Särge waren mit reichem Blumenschmuck bedeckt. Das spanische Geschwader hatte ein Riesenkreuz mit Schleifen in den spanischen Farben gespendet. Der Leichenfeier wohnten alle Kolonial- und städtischen Beamten bei und eine enorme Menschenmenge bildete Spalier auf den Straßen, durch die der Leichenzug fuhr. Professor Alger vom Artillerie-Bureau des Marine-Ministeriums erklärt, daß der Untergang der „Maine" wahrscheinlich auf die Explosion des Magazins zurückzuführen sei. Verschiedene amerikanische Kriegsschiffe seien ähnlichen Gefahren ausgesetzt gewesen, und erst jüngst sei im Kohlenraum der „Cincinnati" ein Feuer ausgebrochen, das, wenn es nicht rechtzeitig entdeckt worden, eine ähnliche Katastrophe wie die der „Maine" herbeigeführt hätte. Aehnlich hat sich, wie schon gestern erwähnt, auch der Marine-Attaché bei der spanischen Gesandtschaft in Washington, Herr J. G. Sobral gegenüber einem Berichterstatter des „Herald" ausgesprochen. Ueber den Hergang der Katastrophe liegen noch immer keine sicheren Mittheilungen vor. In Folge der Explosion ging das elektrische Licht in der Stadt Havanna aus. Die Spritzen fuhren eine Zeit lang durch die Straßen, ohne zu wissen, was sich ereignet hatte. Der Knall war so stark, daß Tausende von Menschen nach dem Hafen strömten, um die Ursache zu erfahren. Nach einer amtlichen, vom Kapitän Charles O'Neil, dem Chef des Artillerie-Bureaus, gegebenen Darstellung befanden sich in dem vorderen Pulver-Magazin 50000 Pfund braunes Pulver, gerade vor diesem Magazin 8500 Pfund braunes Pulver. In der Mitte des Schiffes lag der Torpedoraum mit acht Behältern, die 800 Pfund Schießbaumwolle enthalten. Rund um das vordere Magazin war der Kohlenvorrath aufgestapelt. Es ist die Vermuthung ausgesprochen worden, daß eine Höllenmaschine unter den Kohlen eingeschmuggelt worden sei, allein diesem Verdachte steht die Behauptung gegenüber, daß der Kapitän der „Maine" es absichtlich vermieden habe, in kubanischen Gewässern Kohlen einzunehmen.

Aus den Provinzen.

Berent, 21. Februar. Eine interessante Wette wurde der „D. A. Z." zufolge in den letzten Tagen zwischen den Bauern J. und S. aus Kornen bei Neukrug ausgetragen. Der Gegenstand derselben war das Zustandekommen der Hochzeit des einen Partners J. mit der Wittwe F. aus Lubianen. J. wollte die Hochzeit mit der genannten F. bis zum 17. d. Mts. gefeiert haben. S. behauptete dagegen, die Hochzeit würde nicht stattfinden und verpflichtete sich, dem J. zum Brauttanz 100 Mark zu zahlen. Dieser jedoch baute felsenfest auf die Treue seiner Angebeteten und setzte 200 Mark dagegen. Die Summe wurde bei einem Bekannten hinterlegt. Das ganze Dorf war gespannt auf das Ergebniß der Wette. Der 17. Februar kam heran, die Hochzeit hatte nicht stattgefunden. S. war nun als Sieger hervorgegangen und trug natürlich den Preis, die hinterlegten 300 Mark davon. Diesem war es aber nur um die Ehre, nicht um das Geld zu thun; er legte noch einige Hundertmarkscheine dazu und veranstaltete aus Freude über seinen Sieg im Dorfe einen großen Ball, wozu er fast alle Einwohner des Dorfes, darunter auch das Brautpaar, zur Theilnahme einlud. Das Fest, wobei die Gäste frei bewirthet wurden, fand

natürlich unter sehr großer Betheiligung statt. Das Brautpaar war aber ausgeblieben. Der Bräutigam, wahrscheinlich über den Verlust der Braut mißgestimmt, konnte sich darüber nicht hinwegsetzen und hat nun die Absicht, den S. zu verklagen wegen Rückgabe der verwetteten 200 Mark.

Labiau, 21. Februar. Ein seltsames Duell hat dieser Tage zwischen zwei Gespannknechten vom Gute Mehlawischken in Popelken stattgefunden. Wegen irgend eines geringfügigen Umstandes geriethen die beiden Kampfhähne in Streit, welcher jedoch nicht wie sonst üblich mit Stöcken oder Messern ausgefochten wurde, sondern entgegen den von Alters hergebrachten Traditionen biß der Knecht A. seinem Kollegen S., ehe dieser wußte wie ihm geschah, die Nase ab, während der so plötzlich seines Gesichtsvorsprunges Beraubte dem A. wuthentbrannt und mit Blitzesschnelle den Daumen von der rechten Hand auf dieselbe Art entfernte. Das Duell wird jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben.

Miloslaw, 20. Febr. Der Arbeiter Sobcziak aus Czeszewo hatte auf dem Heimwege von der Stadt, wiewohl er Pole ist, deutsche Lieder gesungen. In der Nähe des Gutes Kozubiec wurde er von zwei Gutstagelöhnern mit den Worten angehalten: „Was, Ihr wollt Pole sein und singt deutsche Lieder; deutsch Singen ist hier verboten." Bei dieser Gelegenheit wurde er so gemißhandelt, daß er arbeitsunfähig war. Die Tagelöhner wurden in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts zu Wreschen mit Rücksicht auf die Rohheit der That zu einer Gefängnißstrafe von 3 bezw. 2 Monaten verurtheilt.

Königsberg, 21. Febr. Ein Denkmal eines berühmten Königsbergers wird morgen den Stadtverordneten zur Annahme als Geschenk für unsere Stadt übergeben werden. Es ist die Büste des hier am 10. November 1810 geborenen ersten Präsidenten des Deutschen Reichstages und ersten Präsidenten des deutschen Reichsgerichts, Eduard Simson, unseres Ehrenbürgers, in Marmor ausgeführt von der Künstlerhand Professor Rudolf Siemerings. Der Meister des Gräfe-Monumentes, des Marienburger Denkmals Friedrichs des Großen und des großen Leipziger Siegesdenkmals hat auch in dieser Porträtbüste seine oft gerühmten Vorzüge, realistische Durcharbeitung und charakteristische Erfassung der Form, aufs Beste bewährt. Das Werk ist, nach der „K. A. Z.", eine Zuwendung unseres Herrn Oberbürgermeisters Hoffmann für die Stadt.

Pillkallen, 21. Febr. In der Georgenburger Forst wurde beim Holzfällen kürzlich die Leiche eines russischen Grenzsoldaten gefunden, welcher seit der Weihnachtszeit vermißt wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Soldat bei einem Zusammenstoß mit Schmugglern ums Leben gekommen. Zur Ermittelung der Thäter ist eine Belohnung von 300 Rubel ausgeboten.

Wartenburg, 21. Februar. Ein trauriger Vorfall ereignete sich bei dem gestrigen Fest des hiesigen Gesellenvereins. Herr Bauunternehmer R. stürzte beim Nachhausegehen die Treppe hinunter und blieb bewußtlos liegen. Er hat bis heute das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Wahrscheinlich hat er sich eine Gehirnerschütterung zugezogen.

Lokale Nachrichten.

Elbing, den 23. Februar 1898.

Muthmaßliche Witterung für Donnerstag, den 24. Februar: Ziemlich milde, wolkig, vielfach heiter.

Herr Oberbürgermeister Elditt begiebt sich Donnerstag früh nach Danzig, um an den am 24. und 25. Februar d. J. stattfindenden Sitzungen des Provinzialausschusses der Provinz Westpreußen Theil zu nehmen.

Unfall. Herr Polizeikommissarius Hauptmann a. D. Schmidt hatte am Sonntag das Unglück, sich bei einem Fall das linke Bein zu brechen.

Kaufmännischer Verein. Der Vorsitzende, Herr Stadtrath Sallbach, eröffnete die gestrige Sitzung mit einem Nachruf anläßlich des Hinscheidens des Herrn Kaufmann Max Kusch. 26 Jahre hat derselbe dem Verein angehört und wenn seine Hauptkraft auch der Liedertafel gehörte, so hat er doch stets Gelegenheit genommen, bei den festlichen Veranstaltungen des Kaufmännischen Vereins sein vielseitiges Können in den Dienst des Vereins zu stellen. Die Versammlung ehrt das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Der Vorsitzende macht dann noch Mittheilung von seiner Betheiligung an dem 70. Stiftungsfeste des Gewerbevereins, bei welchem dem letzteren die Glückwünsche des Kaufmännischen Vereins übermittelt worden sind. Herr Rabbiner Dr. Silberstein spricht sodann in einem längeren Vortrage über den Streit um Heinrich Heine, dessen Grabschmuck durch die Bemühungen der „Frankfurter Zeitung" jetzt jährlich sieben Mal erneuert wird, während es so lange verwahrlost dalag. Heine vereint zarte Empfindung mit beißendem Spott, er ist halb Engel, halb Teufel und daher ist auch die Zahl seiner Widersacher groß. Redner widerlegt den Heine oft gemachten Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, zeigt an Aussprüchen H.'s dessen Abneigung gegen alles Mittelmäßige und schließt seinen mit Zitaten reich durchflochtenen und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, an denen die Wespen nagen!" Der Vorsitzende macht dann noch davon Mittheilung, daß für den nächsten Vereinsabend Herr Oberlehrer Dr. Block den Vortrag übernommen hat und zwar „Ueber das Ideal der Frauenschönheit im Spiegel der Jahrhunderte" sprechen wird. Hierauf wurde die offizielle Sitzung geschlossen, doch blieben die meisten Theilnehmer noch beisammen, um bei Pfannkuchen 2c. Fastnacht zu begehen.

Das Programm für den vierten Volksunterhaltungsabend wird, vorbehaltlich kleiner Aenderungen, als Eröffnungsnummer ein Trio bringen, ferner einen Vortrag, einige Lieder für Sopran, sodann die urkomische Szene in Elbinger Mundart: „Die Entstehung des Schaltjahrs" von G. W. Härtel. Da der „Liederhain" freundlichst seine Mitwirkung zugesagt hat, schließt der I. Theil des Abends mit 3 Liedervorträgen desselben. Nach der Pause wird Herr Professor Dr. Dorr einige seiner Gedichte aus „Tweschen Wiessel on Nagt" vorlesen. Ein kleiner Cellovirtuos wird sodann seine Kunst in der Bogenführung zeigen. Nach Deklamationen durch eine Dame tritt nochmals der „Liederhain" auf, und den Schluß macht der hiesige „Damenturnverein," der die Besucher in das „Feenreich" versetzen will. Diese glanzvolle Nummer hat bekanntlich sowohl beim Stiftungsfeste des gedachten Vereins, wie auch bei einer Wiederholung zu einem wohlthätigen Zweck sehr großen Beifall gefunden. Da die Nachfrage nach den Billets zum Sonntag schon eine sehr rege ist, darf auf regen Besuch gerechnet werden. Für die Abendkasse bleibt aber eine größere Zahl Eintrittskarten reservirt für Diejenigen, welche nicht lange vorher über ihre Zeit verfügen können. Den Vorverkauf à 30 Pfg. (5 Karten für 1 Mk.) haben die Herren Selckmann und Nadolny wieder übernommen.

Stadttheater. Auch den Schliersee'ern bleibt es nicht erspart, mit blutendem Herzen dem Publikum Komödie vorzuspielen und eine innere Fröhlichkeit zu heucheln, von der das Herz nichts weiß. Am Montag, noch vor der Vorstellung, in der er durch seinen Humor Alles entzückte, erhielt der unübertreffliche Komiker der Gesellschaft, Xaver Terofal, die Nachricht von der schweren Erkrankung eines Kindes und gestern ging ihm bereits die Todesbotschaft zu. Aus diesem Anlaß fand eine Aenderung im Repertoire statt, und zwar wurde statt „Im Austragstüberl" die Gebirgsposse „Der Protzenbauer vom Tegernsee" gegeben, worin Willi Dirnberger die Titelrolle mit trefflicher Betonung des Protzenhaften spielte. Den für den geistlichen Stand bestimmten, aber weit mehr Luft zum Landwirth in sich fühlenden Sohn des Protzenbauern gab Josef Meth mit echt studentischem Humor und die beiden Schwestern hatten in Anna Dengg und Therese Dirnberger ausgezeichnete Vertreterinnen gefunden, und ebenso lebenswahre Gestalten waren der Mathias Michael Dengg's und der bei der Vertheilung der Geistesgaben zu kurz gekommene Quirin, dessen Darsteller wir allerdings nicht nennen können, da Zettel nicht erhältlich waren. Auch der Jägerbursche Friedl und der Pfarrer waren so recht aus dem Volksleben gegriffene Figuren. Die Aufführung fand wieder stürmischen Applaus, besonders der Schuhplattlertanz. W.

Besitzwechsel. Die Maschinenfabrik von H. Hotop ist in den Besitz des früheren Direktors der Ostdeutschen Maschinenfabrik, vorm. R. Wermke in Heiligenbeil, Herrn F. Komnick übergegangen. Die Uebernahme wird am 6. März erfolgen. Herr Komnick will die Fabrik erweitern und neben dem allgemeinen Maschinenbau, wie er bisher betrieben worden ist, den Bau landwirthschaftlicher Maschinen ausdehnen und die Pflugfabrikation neu einführen. Der jetzige Leiter der Fabrik, Herr M. Hotop, bleibt als Ingenieur in der Fabrik weiter thätig.

In nicht geringen Schrecken wurde gestern Vormittag ein höherer Justizbeamter versetzt, der mit zwei Damen in einer Droschke nach dem hiesigen Bahnhof fuhr. Auf der Holländer Chaussee wurden durch die elektrische Straßenbahn zwei Pferde scheu, so daß der Besitzer die Gewalt über sie verlor, sie quer über die Chaussee rasten und das eine Pferd mit dem Kopf durch die Fensterscheiben der Droschke stieß, in der sich die genannten Herrschaften befanden. Die Fensterscheibe wurde vollständig zersplittert, glücklicherweise aber von den Insassen Niemand verletzt. Das Pferd, welches die Scheibe zertrümmert hatte, war so stark verletzt, daß es in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte.

„Der alte Krieger". Ein eigenartiges Vorkommniß, das an eine vor Jahren hier passirte Affäre erinnert, die damals peinliches Aufsehen erregte, wird aus Spandau gemeldet. Die „Sp. Korr." schreibt: Der „alte ehrliche Krieger", der falsche Ordensritter Arbeiter Nietke, der eine Zeit lang in der königlichen Munitionsfabrik beschäftigt war und dort, weil er das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse trug, von den vorgesetzten Offizieren mit Auszeichnung behandelt wurde, stand dieser Tage vor dem Schöffengericht wegen unberechtigten Tragens dieser Ehrenzeichen. Seine Personalien wiesen ein langes Strafregister auf, er hat ungefähr 15 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern zugebracht und ist wegen solcher Ordensschwindeleien schon mehrmals bestraft. Soldat ist er garnicht gewesen. Sein Bildniß ziert auch das Berliner Verbrecheralbum, da er in Berlin verschiedene Verbrechen begangen hat. Diesmal wurde er zu der höchsten zulässigen Strafe, 6 Wochen Haft, verurtheilt.

Auf einem falschen Gerücht beruhte die uns gestern zugegangene Mittheilung, daß Herr Oberförster Töfflinger-Quittainen erschossen in der dortigen Forst aufgefunden worden sei. Leider bewahrheitet es sich, daß Herr Töfflinger zum Jenseits eingegangen ist, doch ist sein Tod nach kurzem Krankenager infolge von Herzschlag eingetreten.

Verhaftet. Gestern Nachmittag wurde der Fleischergesell Wilhelm Zipper verhaftet, der sich flegelhaft gegen seinen Meister betragen hatte und deshalb aus dem Hause hinausgeworfen worden war, dem Meister dann aber mit einem Schlachtmesser zu Leibe ging. Ferner wurde in letzter Nacht der Arbeiter Karl Z. vom Gr. Wunderberg festgenommen, weil er betrunken war und einen Nachtwächter beschimpfte. Außerdem wurden ein Bettler und ein lüderliches Frauenzimmer eingesperrt.

Verein für Herstellung und Ausschmückung der Marienburg. Am Dienstag, den 1. März, wird der Vorstand des Vereins wieder zu einer Sitzung in Danzig im Oberpräsidialgebäude zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Ankauf eines weiteren Grundstückes zur Freilegung des Schlosses, Anbringung einer Erinnerungstafel mit der Kaiserrede am 8. September 1894, Beschaffung weiterer Ausschmückungsgegenstände.

Anstellung als Postsekretär. Wie verlautet, sollen diejenigen Postpraktikanten, welche die Sekretärprüfung bis zum 30. September 1895 abgelegt haben, zum 1. April als Postsekretär angestellt werden.

Kunst und Wissenschaft.

§ Im Konzert des Berliner philharmonischen Vereins erzielte am Montag ein junger russischer Pianist, Ossip Gabrilowitsch, einen sensationellen Erfolg. Er wurde durch zahllose Hervorrufe und stürmische Ovationen geehrt.

Telegramme.

Berlin, 23. Febr. Der Senior und Chef des Bankhauses Bleichröder, Geheimrath Schwabach, ist gestorben.

Lüneburg, 23. Febr. Im Eschweder Eisenbahnprozeß verneinten die Geschworenen sämmtliche Schuldfragen. Der Gerichtshof sprach, ohne sich zurückzuziehen, sämmtliche Angeklagte, den Bahnwärter Hillner, den Rollfuhrwerksbesitzer Rühl und den Hilfsbremser Brügmann frei.

Paris, 23. Februar. Im Laufe seines Plaidoyers deutete Advokat Labori auf die Erklärungen des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes, von Bülow, hin und sagte: Sind die Erklärungen fremder Regierungen in Betreff Dreyfus vorhanden? (Murren.) Ich habe dieses Murren erwartet. Wir hätten Fremde als Zeugen vorladen können. Der Präsident unterbrach Labori mit den Worten: „Wir hätten sie nicht gehört." Wir haben thatsächlich kein Gewicht darauf gelegt, Fremde in dieser Angelegenheit anzuhören, welche unter uns geregelt werden soll, damit wir Franzosen trotz aller Zwistigkeiten uns Hand in Hand finden, wenn die Kriegsdrohungen, die man ziemlich leichtfertig in die Debatte geworfen hat, sich verwirklichen sollten. Aber schließlich ist eine offizielle Mittheilung in einer Kommission des deutschen Reichstages erfolgt. Hier unterbrach der Präsident den Redner wieder und sagte: „Uebergehen Sie das". Der Schluß des Plaidoyers, welches in Advokatenkreisen geradezu als eine Revision des Prozesses Dreyfus auf dem Schwurgericht angesehen wird, war hauptsächlich gegen den Ministerpräsidenten Méline gerichtet. Labori sagte: Méline war vorsichtig, als er sich weigerte, sich der angeblichen Geständnisse Dreyfus' zu bedienen. Vielleicht auch schickte er sich darin, ruhig gewähren zu lassen, und da sage ich Ihnen, meine Herren Geschworenen, daß es in der ganzen Geschichte keinen verabscheuteren Namen giebt, als den des Pontius Pilatus. Die Ovation, welche Labori in diesem Augenblick bereitet wurde, stieß auf heftige Opposition von Seiten der zahlreich, zumeist in Zivil erschienenen Offiziere. Ein Jägerhauptmann gerieth mit mehreren ihren Beifall bezeugenden Personen in Streit, der ohne Dazwischenkunft der Wache in Thätlichkeiten ausgeartet wäre. Frauen von Offizieren riefen lärmend: „Es lebe die Armee!" Andere Zuschauer riefen: „Nieder mit den Juden!" Im Allgemeinen herrscht die größte Erregung.

London, 23. Febr. Wie amtlich gemeldet wird, hat die chinesische Regierung auf Vorstellungen des englischen Gesandten in Peking eingewilligt, daß die internationalen Wasserwege in China für britische und andere Dampfer im Laufe des nächsten Juni geöffnet werden sollen und zwar dergestalt, daß überall da, wo jetzt der Gebrauch von Booten Eingeborenen durch Vertrag gestattet ist, den Fremden gleichermaßen erlaubt sein soll, Dampfer und Dampfboote zu benutzen, gleichviel ob dieselben ihnen selbst oder Chinesen gehören. Mit Rücksicht auf den großen Werth, den England darauf legt, daß das Yangtsekiang-Gebiet in chinesischem Besitz bleibt, theilte die chinesische Regierung der britischen formell mit, es könne keine Rede davon sein, daß irgend ein Gebiet im Thale oder in dem Bereich des Yangtsekiang an irgend eine Macht verpfändet oder abgetreten werde. Der Posten des General-Inspektors der Seezölle soll in Zukunft wie seither eingenommen werden von einem Engländer und zwar so lange, wie der englische Handel mit China in den Häfen in Hunan eben fortfährt, denjenigen der anderen Mächte zu übertreffen. Der Hafen in Hunan wird innerhalb zweier Jahre eröffnet werden.

London, 23. Febr. Nach einer „Times"-Meldung aus Singapore passiren nach Angabe eines dort eingetroffenen Kapitäns die deutschen Kriegsschiffe „Deutschland" und „Gefion" und zwei russische Kriegsschiffe langsam hinter einander fahrend die Malakkastraße und werden Mittwoch bei Tagesanbruch in Singapore erwartet.

Konstantinopel, 22. Febr. Der Sultan verrichtete heute anläßlich des Beiramfestes Gebete in der Moschee bei Beschiklasch und begab sich sodann nach Dolma-Bagdsche zur Ceremonie des Handkusses und empfing dort die Glückwünsche der Minister wie der Hof- und Staatswürdenträger. Später begaben sich die Dragomanen der Botschaften und Gesandtschaften zum Yildiz-Kiosk, um dem Sultan die Glückwünsche ihrer Chefs zu übermitteln.

Eine neue Verwickelung in Ostasien.

London, 23. Febr. Nach einer Meldung der „Times" aus Peking lautet die Antwort, welche Rußland der chinesischen Regierung auf ihr Ersuchen ertheilt hat, Rußland möge die Versicherung erneuern, daß es sich nach Ablauf des Winters aus Port Arthur zurückziehen werde, im Wesentlichen dahin, seine Schiffe würden länger als ursprünglich geplant war in Port Arthur verbleiben, da ihre Zurückziehung den Interessen Chinas und Koreas zuwider wäre. Die chinesische Regierung betrachtet diese Antwort als eine Andeutung, daß aus der zeitweisen Ueberwinterung der Flotte eine dauernde Besetzung werden wird.

Berlin, 23. Februar, 2 Uhr 20 Min. Nachm.

Börse: Abgeschwächt. Cours vom	22./2.	23./2.
3½ pCt. Deutsche Reichsanleihe . . .	104,00	104,00
3½ pCt. " " . . .	103,80	104,00
3 pCt. " " . . .	97,30	97,30
3½ pCt. Preußische Consols	103,90	103,90
3½ pCt. " "	103,90	104,00
3 pCt. " "	98,20	98,10
3½ pCt. Ostpreußische Pfandbriefe . .	100,50	100,60
3½ pCt. Westpreußische Pfandbriefe .	101,20	101,30
Oesterreichische Goldrente	104 30	104,30
4 pCt. Ungarische Goldrente	103,90	104,00
Oesterreichische Banknoten	170,15	170,15
Russische Banknoten	216,55	216,75
4 pCt. Rumänier von 1890	94,50	94,60
4 pCt. Serbische Goldrente, abgestemp.	62,90	63,90
4 pCt. Italienische Goldrente	94,50	94,70
Disconto-Commandit	203,40	204,50
Marienb.-Mlawk. Stamm-Prioritäten .	120,60	120 75

Preise der Coursmakler.

Spiritus 70 loco	43 80 ℳ
Spiritus 50 loco	00,00 ℳ

Königsberg, 22. Februar, 0 Uhr 00 Min. Mittags.
(Von Portatius & Grothe,
Getreide-, Woll-, Mehl- u. Spirituscommissionsgeschäft.)
Spiritus pro 10,000 L % excl. Faß.

Loco nicht contingentirt	42,50 ℳ Brief
Februar	42,50 ℳ Brief
Loco nicht contingentirt	41,80 ℳ Geld
Februar	41,00 ℳ Geld

Zuckermarkt.

Magdeburg, 22. Februar Kornzucker excl. von 88 % Rendement 10,15—10,40. Nachprodukte excl von 75 % Rendement 7,50—8,05. Stetig. — Gemahlene Raffinade mit Faß 23,12—23,50. Melis I mit Faß 22,75—00,00. Unverändert.

Glasgow, 22. Febr. [Schlußpreis.] Mixed numbers warrantes 45 sh 10[illegible]d. Stetig.

Elbinger Standesamt.

Vom 23. Februar 1898.

Geburten: Stellmacher Friedrich Mattern S. — Schmied Franz Ernst T. — Arbeiter Gottfried Amling T.

Aufgebote: Militär - Anwärter Adolf Schnackenburg-Augustwalde mit Auguste Kühn-Elbing. – Arbeiter Aug. Rud. Müller-Elbing mit Christ. Wilhelmine Meyer-Prothen.

Sterbefälle: Altersrenten-Empfänger Gottfried Pärschke 77 J. — Wirthschafts-Inspector Adolf Pauls 27 J. — Rechnungsführer Joh. Rückert 23 J.

Tagesordnung
für die
Stadtverordneten-Sitzung
am 25. Februar 1898.

1. Einführung eines Magistratsmitgliedes.
2. Rechnung von der Kasse der II. Mädchenschule pro 96/97.
3. Rechnung von der Kasse der IV. Mädchenschule pro 96/97.
4. Gewerbesteuer-Ordnung betr.
5. Wahl eines Mitgliedes der Bau-Deputation.
6. Wahl von 2 Mitgliedern der Musterungs-Commission für Mobilmachungspferde.
7. Ernennung von Deputirten zur Theilnahme an den Osterprüfungen in den Volksschulen.
8. Vertretung eines erkrankten Lehrers.
9. Rechnung von der Schlachthauskasse pro 96/97.
10. Wahl eines Schiedsmannes.
11. Bewilligung einer Beihilfe zu den Unterhaltungskosten der hiesigen Hufbeschlag-Lehrschmiede.
12. Remuneration für einen Lehrer.
13. Kämmerei-Haupt-Etat pr. 1. April 98/99.
14. Erstattung des Berichts über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten.
15. Pachtvertrag betr.
16. Landabtretung.
17. Wahl von Deputirten für Zuschlags-Erklärungen bei Verpachtungen.
18. Wahl von Kämmerei-Deputirten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
gez. **Horn.**



Donnerstag, den 24. Februar:
Viertes Gastspiel der **Schliersee'er:**

Almenrausch und Edelweiß.

Oberbayerisches Charaktergemälde mit Gesang und Tanz in 5 Aufzügen nach Dr. Hermann v. Schmid von Hans Neuert.
Schuhplattler-Tanz.
Schnadahüpfeln,
gesungen von **Xaver Terofal.**
In den Zwischenakten **Zithervorträge.**

Freitag, den 25. Februar 1898:
Fünftes Gastspiel der **Schliersee'er:**

Der Außgestoßene.

Volksstück mit Gesang und Tanz von B. Rauschenegger.

Anfang 7 Uhr.

Donnerstag: **Liedertafel.**

Markthalle.

Donnerstag, den 24. Februar cr., von 8 Uhr Abends:

Geschlossene Gesellschaft.
Ed. Hildebrandt.

Bekanntmachung.

Die von dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Commission des Stadtkreises Elbing festgesetzte Gemeindesteuerliste pro 1898/99, welche die Veranlagung der Personen mit Einkommen **von nicht mehr als 900 Mark** enthält, wird nach der Bestimmung des § 75 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, vierzehn Tage lang und zwar **vom 24. d. Mts. bis einschließlich den 9. März cr.**, im Steuerbureau auf dem Rathhause, Zimmer Nr. 34, offen liegen.

Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen innerhalb einer Ausschlußfrist von **vier Wochen** (28 Tagen) nach Ablauf der Auslegungsfrist, das **ist bis einschließlich den 6. April cr.**, die Berufung an die Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission hierselbst zu.

Die Zustellung des Steuerzettels ist für die Berufungsfrist nicht maßgebend.

Berufungen, welche bis 6. April d. Js. **nicht** eingegangen sind, können nicht berücksichtigt werden.

Die Berufungsschreiben sind im Rathhause einzureichen, und müssen sowohl die Hebenummer als den Namen und die Wohnung des Steuerpflichtigen enthalten.

Elbing, den 21 Februar 1898.

Der Magistrat.

Altstädtische Knabenschule.

Freitag, d. 25. Februar, Nachmittags von 2 Uhr ab, Aufnahme der Schüler, welche vom 1. April an die Altstädtische Knabenschule besuchen sollen. Impfattest und (von evangelischen Kindern) das Taufattest sind vorzulegen.

Spiegelberg.

Gebrannte Caffee's,

jeden Dienstag und Freitag frisch gebrannt, ganz vorzügliche Qualität, p. Pfd. **1,40, 1,60, 1,80** u. **2,00** ℳ

Chocoladen
p. Pfd. **1,00, 1,20, 1,40** u. **1,60** ℳ

ff. Vanille-Bruchchocolade
p. Pfd. **1,00** ℳ

Cacao's
Pfd. **1,40, 1,60, 2,00** u. **2,40** ℳ sowie sämmtliche anderen **Colonialwaaren in nur bester Qualität** zu **billigsten Preisen** empfiehlt

Eugen Lotto,
Johannisstraße 13.

Darr-Obst

Aprikosen, Pfirsiche, Birnen, Aepfel, Pflaumen
in diversen Qualitäten
empfiehlt billigst die
Obsthalle
Alter Markt.

Sonntag früh ein fast neuer **Gummischuh** in der Kehrwiederstraße gefunden. Abzuholen von Frau **Milbrodt**, Hoheziunstr. 4.

Heute Vormittag 10¾ Uhr erlöste ein sanfter Tod meinen geliebten Mann, unsern guten Vater, Bruder und Schwager, den königl. Gymnasial-Oberlehrer

Emil Hanke

von seinem schweren Leiden.

Pr. Friedland, den 22. Februar 1898.

Im Namen der Hinterbliebenen
Lina Hanke, geb. Wendt.

4. Volksunterhaltungsabend

Sonntag, den 27. Februar, Abends 7½ Uhr, im großen Saale der „Bürger-Ressource".

Aufführung des Festspiels mit Reigen **„Im Feenreich"** durch den hiesigen **Frauenturnverein**, **Chorgesänge**, ausgeführt vom hiesigen Männergesangverein **„Liederhain"**, **musikalische** und **deklamatorische Vorträge.**

Einzeleintrittskarten für 30 ₰, fünf Karten für 1 ℳ sind von Donnerstag Vormittag im Vorverkauf bei den Herren Kaufmann **Nadolny** und Conditor **Selckmann**, sowie Abends an der Kasse zu haben. **Die Plätze werden nummerirt. Kassenöffnung präcise 7 Uhr.**

Der Ausschuß.

Elbinger Kirchenchor.

CONCERT

in der St. Marienkirche
am Sonntag, den 27. d. M., Abends 6½ Uhr,
zum Besten der Kranken- u. Armenpflege der St. Mariengemeinde.

Billets zu 50 ₰ und 75 ₰, Texte à 10 ₰ bei **Bersuch Nachf.** (Nadolny) u. Herrn Küster **Geigalat.**

Markthalle.

In den festlich geschmückten Lokalitäten
am Sonnabend, den 26. d. Mts., Abends 8 Uhr:



Große Aufführungen als die **Räuberpantomime**, ausgeführt von 25 Masken. **Professor Petroff mit seinen dressirten Thieren.** Zum Schluß: **Das Zigeunerlager. Maskenbillets im Vorverkauf** à 60 Pf., **für Zuschauer** à 25 Pf. sind bei Herrn Friseur **Behrend, Wasserstraße** und im **Festlocal** zu haben. **Kassenpreis** 75 Pf. und 30 Pf.

Der Vorstand.

Gewerbehaus.

Sonnabend, den 12. März 1898:



Letzter grosser Maskenball

(Militär-Musik)
mit Aufführungen.

Alles Nähere die späteren Annoncen.

NB. Junge Damen, die an den Aufführungen Theil nehmen wollen, werden gebeten, sich Sonntag, den 27. d. M., von Vormittags 11½ Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, im „Gewerbehaus" zu melden.

Das Fest-Comitee.

Annahme von Stroh-Hüten zum Pressen und Modernisiren nach streng neuen aparten Formen.

Federn zum Waschen und Färben bereitwilligst angenommen.

Th. Jacoby.

Florentiner werden vorzügl. gewaschen und gepreßt.

Rheumatismus-Balsam „Reissaus",

gef. gesch. D. R. W. 19876, ärztlich warm empfohlen, reelle Dankschreiben zu Händen, bei jeder Flasche einzusehen. Flasche 1 ℳ in der **Rathsapotheke, Elbing,** zu haben.

Reisehüte in Filz und Stroh, **Frühlingshüte** in neuester Sendung und größter Auswahl bereits am Lager. **Restbestände in Sammet- u. Filzhüten** räume, um Platz zu gewinnen, zu jedem Preise.

Johanna Hess,
Lange Hinterstraße 8.

Strohhüte

zum **Waschen und Modernisiren** nach neuesten Pariser Originalformen erbitte, um rechtzeitig liefern zu können, baldigst.

Johanna Hess,
Lange Hinterstraße 8.

Alter Markt 19. **Gustav Lehmkuhl,** Alter Markt 19.

Magazin für Braut- und Baby-Ausstattungen.

Betten, Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Leib- u. Tisch-Wäsche.
Große Auswahl! Reele Qualitäten! Allerbilligste Preise!

Geschäfts-Verlegung.

Von **Dienstag, den 22. Februar cr.,** an befindet sich unser

Nähmaschinen-Geschäft

Lange Hinterstraße 20,
2. Haus vom Alten Markt, Haltestelle der Elektrischen Bahn.

Zur Eröffnung:

Ausstellung moderner Kunststickereien,
gefertigt auf Original-Singer-Maschinen.

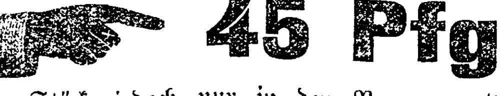
Singer Co., Act.-Ges.,
Elbing, Lange Hinterstraße 20,
frühere Firma **G. Neidlinger.**



Einen großen Posten einzelner übriggebliebener

Damen-Corsettes

gebe ich von heute an für



pro Stück, jedoch nur in den Nummern, wie sie vorräthig sind.

Th. Jacoby.

ff. Honig,

in Gläsern und ausgewogen, empfiehlt die
Obsthalle
Alter Markt.



Für Sattler!

Thran, Vaselinlederfett, Lederlack in allen Farben, Lederappretur billigst.
(Wiederverkäufern möglichsten Rabatt)

J. Staesz jun., Elbing,
Königsbergerstr. 84 u. Wasserstr. 44.
Specialität: **Streichfertige Oelfarben.**

Neunaugen

heute frisch geröstet, offerirt
Julius Wollenberg.

Ein **ordentliches**
Dienstmädchen
kann sich melden
Lange Hinterstr. 20, im Laden.

Lehrling
mit guter Schulbildung wird gesucht per bald von
J. L. Hirschberg,
Nutzholz- und Fournier-Handlung.

Putz-Geschäft

unter günst. Beding. krankheitshalber z. verkaufen. Näh. unt. **M. O. 100 postlagernd Elbing.**

Ich ersuche die **Geschw. Schulz,** jede Nachrede von mir zu unterlassen, widrigenfalls ich sie gerichtlich belangen werde.

A. Gehrke.

Beilage zur Altpreußischen Zeitung.

Nr. 46. Elbing, den 24. Februar 1898. Nr. 46.

Die Zivilprozeßordnung in der Kommission des Reichstages.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die sechste Kommission des Reichstages hat die erste Lesung der Abänderungen der Zivilprozeßordnung beendigt, nachdem sie Wochen hindurch wöchentlich in der Regel vier Sitzungen von je vier Stunden Dauer abgehalten hat. Die Oeffentlichkeit hat von dieser angestrengten Thätigkeit nur wenig Notiz genommen. Nur einzelne Fragen, wie die Stellung der sog. „Rechtskonsulenten" zu den Rechtsanwälten, die bessere Ordnung des Zustellungswesens, die von den Regierungen vorgeschlagene Einschränkung der Arbeitslast des Reichsgerichts durch Erhöhung der Revisionssumme von 1500 auf 3000 Mk. haben das Interesse auch weiterer Kreise erregt. Insbesondere ist es vielfach beifällig beurtheilt worden, daß die Kommission in Betreff des letzten Punktes die Erhöhung der Revisionssumme auf 3000 Mk. abgelehnt hat, wenn auch — so konnte man in manchen Blättern lesen — nach den bei der ersten Berathung der Vorlage im Plenum des Reichstages gehaltenen Reden eine andere Entscheidung der Kommission nicht erwartet werden konnte.

Wir halten auch die ablehnende Haltung der Kommission gegenüber der Erhöhung der Revisionssumme für gerechtfertigt, aber wir warnen davor, auf diesen Beschluß erster Lesung zu großes Gewicht zu legen; denn er wurde nur mit 8 gegen 8 Stimmen gefaßt, also bei einer unvollständigen Besetzung der Kommission, die im ganzen 21 Mitglieder zählt, und ähnlich verhält es sich mit anderen Beschlüssen der Kommission, die zum Theil auch nur mit knapper Mehrheit bei Anwesenheit von höchstens 18 Mitgliedern gefaßt sind. Unter den abwesenden Mitgliedern befanden sich regelmäßig die Vertreter der Polen und der Antisemiten. Es wurde zwar manchmal in der Kommission mitgetheilt, daß für den einen Polen oder Antisemiten ein anderer in die Kommission eingetreten sei, aber der Nachfolger war niemals so unhöflich, seinen Vorgänger durch eine größere Theilnahme in den Schatten stellen zu wollen. Es wäre wünschenswerth, wenn sich das in zweiter Lesung der Kommission änderte, damit die Kommissionsbeschlüsse als ein getreues Abbild der Ansichten der Mehrheit des Reichstages selbst angesehen werden können, und der Kampf der Juristen im Plenum auf die Fragen beschränkt wird, deren Schicksal hier nach den Beschlüssen einer voll besetzten Kommission zweifelhaft erscheint. Anderenfalls liegt die Gefahr nahe, daß sich die Verhandlungen im Plenum auf viele technisch-juristische Fragen verbreiten, die kein allgemeines Interesse erwecken können.

Die Zivilprozeßordnung giebt keine Gelegenheit zu aufregenden politischen Kämpfen, immerhin ist sie für alle, die aktiv oder passiv in bürgerliche Rechtsstreitigkeiten verwickelt werden können — und wem könnte das nicht begegnen? — von großer Bedeutung, ihre zweckmäßige Ausgestaltung an der Hand der seit 20 Jahren gemachten Erfahrungen daher nicht nur für die Juristen, sondern für die Allgemeinheit ein wichtiger Fortschritt. Der Reichstag sollte sich aber hier umsoweniger die Gelegenheit entgehen lassen, als im Rahmen einer Reichstagssession möglich ist, weil die Regierung sich mit diesem Gesetzentwurf in einer gewissen Zwangslage befindet. Hier kann sie nicht, wie sie es seiner Zeit bei den Berathungen über das Bürgerliche Gesetzbuch öfter that, diesen oder jenen Beschluß für „unannehmbar" erklären mit der Maßgabe, daß daran das Bürgerliche Gesetzbuch scheitern werde. Man hat sich damals u. E. mehr als nöthig im Reichstage durch diese Drohung einschüchtern lassen, aber die Zivilprozeßordnung kann die Regierung nicht scheitern lassen, weil sie sie nothwendig braucht und sie machte deshalb jetzt von dem Worte „unannehmbar" bei der Bekämpfung der ihr widersprechenden Anträge in der Kommission auch nur einen sparsamen Gebrauch — Grund genug für die Parteien, diese Lage nach Kräften für sich auszunutzen. Auf Zusagen, diese oder jene Wünsche bei einer künftigen durchgreifenden Reform der Zivilprozeßordnung zu berücksichtigen, sollte man sich nicht verlassen. Wie wenig auf solche Versprechungen zu geben ist, das hat doch auch dem Vertrauensseligsten die Erfahrung gelehrt, die wir in Preußen mit der feierlich verheißenen Verbesserung des Vereinsrechts gemacht haben. Und außerdem liegt es ja auf der Hand, daß eine solche durchgreifende Reform der Zivilprozeßordnung vor Ablauf weiterer 20 Jahre nicht zu erwarten sein dürfte — das ist aber ein langer Zeitraum, wenn es sich um die Befriedigung der Bedürfnisse der Rechtspflege handelt.

Die erste Lesung in der Kommission hat schon zu manchen Verbesserungen der Regierungsvorlage geführt, die namentlich vom freisinnigen Abg. Kauffmann beantragt waren, aber es wird darauf ankommen, ob die Verbesserungen nun auch in der zweiten Lesung aufrecht erhalten werden, und ob es vielleicht gelingt, hier noch weitere Verbesserungen durchzusetzen, die in der ersten Lesung abgelehnt worden sind.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. Februar.

Die Berathung des Militäretats wird fortgesetzt.

Beim Kapitel „Militär-Justizverwaltung" fragt

Abg. **Kunert** (Soz.) an, wer aus Anlaß der Beschäftigung von Gefangenen im Militär-Gefängniß an Sonntagen in Dresden verurtheilt und welche Strafen über die Schuldigen verhängt worden seien. Redner beklagt sich sodann über außerordentlich zahlreiche Bestrafungen eines Soldaten Namens Bachmann I in Annaberg. Dieser habe im Ganzen 17 Jahre Gefängniß erhalten, wovon er aber nur sechs verbüßt habe, dann sei Begnadigung eingetreten. Letzterer Umstand zeige wohl, daß die zahlreichen Strafen, die auf den Soldaten so schnell hintereinander niedergerasselt waren, sich nicht aufrecht erhalten ließen.

Sächsischer Bevollmächtigter Graf **Vitzthum** v. **Eckstädt** erwidert, der letztere Fall sei ordnungsmäßig abgeurtheilt worden und damit erledigt. Auf die Frage, ob und wer in dem Dresdener Falle bestraft worden sei, verweigere er jede Auskunft.

Abg. **Kunert** (Soz.) bemerkt, keine Antwort sei auch eine Antwort.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Titel „Generalärzte" regt

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.) eine besonders sorgfältige Untersuchung der beim Militär eintretenden Mannschaften an, daraufhin, ob sie geistig normal sind. Nach verschiedenen Vorkommnissen sei leider anzunehmen, daß den Militärärzten nicht genügende Erfahrung auf diesem Gebiete zur Seite steht.

Kriegsminister v. **Goßler** ist dem Vorredner dankbar für die gegebene Anregung und will dieselbe in Erwägung ziehen. Der Vorredner könne aber überzeugt sein, daß die ärztliche Untersuchung auch jetzt schon eine sehr gründliche sei.

Abg. **Bebel** (Soz.) verweist darauf, daß er wiederholt Fälle zur Sprache gebracht habe, in denen notorisch Schwachsinnige bei der Fahne behalten worden seien. Redner fragt, ob es richtig sei, daß viele anständige jüdische Aerzte sich aus Rücksicht auf den in der Armee herrschenden Antisemitismus dem Heere fern halten?

Minister v. **Goßler**: Die Judenfrage hier zu erwähnen, liege keine Veranlassung vor. Er kenne keine einzige Bestimmung, die den Juden den Eintritt in die Militärarzt Karrière verhindert oder sie im Fortkommen stört.

Abg. **Bebel** (Soz.) will gern glauben, daß keine Bestimmungen existiren, die den Eintritt von jüdischen Aerzten bei der Armee hindern könnten. Er frage sich aber, ob nicht die Praxis geübt werde, sie möglichst auszuschließen.

Minister v. **Goßler** erklärt, die Militärärzte würden nicht nach der Religion angestellt, sondern nach der Fähigkeit.

Abg. **Iskraut** (Refp.): Daß immer weniger jüdische Aerzte zur Armee gingen, liege daran, daß sich der in der Armee herrschende deutsche Geist mit dem jüdischen Geist nicht verträgt.

Abg. Dr. **Lieber** (Z.) dankt dem Minister für die Erklärung, daß für die Anstellung der Aerzte nicht die Religion, sondern allein die Fähigkeit maßgebend sei. Daß die Juden zugelassen werden, sei eine einfache Forderung der Parität.

Abg. **Bebel** (Soz.) hält es doch für auffällig, daß so wenig Juden fähig sein sollten, als Militärärzte einzutreten. Es gebe doch notorisch eine große Anzahl besonders geschickter Aerzte gerade unter den Juden.

Abg. **Richter** (fr. Vp.) verweist darauf, daß im Kriege von 1870/71 ein sehr großer Prozentsatz der jüdischen Aerzte mit dem eisernen Kreuz dekorirt worden sei.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „**Mundverpflegung**" weist Abg. Dr. **Haase** (Soz.) auf die Erschwerung der Versorgung der Garnisonen im Osten, speziell Königsberg, mit Schweinefleisch, infolge des Verbots der Einfuhr von Schweinen aus Rußland hin.

Generallieutenant v. **Gemmingen** giebt zu, daß bis zum 1. April in manchen Garnisonen wegen der hohen Preise die Fleischversorgung erschwert werden kann. Vom 1. April ab aber würden den Truppen die höheren Sätze des neuen Etats zur Verfügung stehen.

Abg. **Iskraut** (Reformp.) widerspricht dem Verlangen nach Aufhebung der Grenzsperre. Die Vertheuerung rühre in Königsberg auch nur aus den Operationen eines Konsortiums von jüdischen Viehhändlern her.

Abg. Dr. **Haase** (Soz.): Die Fleischpreise seien keineswegs durch den Zwischenhandel vertheuert worden, sonst würde doch die Militärverwaltung, die von den Produzenten oder doch von Großhändlern beziehe, nicht davon berührt werden können.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Ersatz von kleinen Hand- und Feuerwaffen" bringt

Abg. **Richter** (fr. Vp.) die vom Abg. **Ahlwardt** in Versammlungen herumgetragene **Erzählung** zur Sprache, daß **große Mengen Löwescher Gewehre ausrangirt und zum Einschmelzen verkauft worden seien.**

Generalmajor v. d. **Beckh**: Es hat sich herausgestellt, daß in den Artilleriedepots **in Metz und Rastatt alte, ausrangirte Waffen zertrümmert** worden sind, darunter auch französische Gewehre. Die Trümmer sind dann zum Einschmelzen verkauft und von der Firma Herz in Metz erstanden worden. **Gewehr-Modell 88**, unter denen die sogenannten Judenflinten allein gesucht werden könnten, **befanden sich nicht darunter.** Sie befinden sich in brauchbarem Zustande sämmtlich noch in unserem Besitz, und ich kann hinzufügen, daß sich die Gewehre aus der Löwe'schen Fabrik als ebenso brauchbar erwiesen haben, wie die übrigen. (Beifall.)

Abg. **Richter** (fr. Vp.): Darnach ist also festgestellt, daß es sich mit dieser neuen Erzählung des Abg. Ahlwardt genau ebenso verhält, wie mit allen anderen Erzählungen dieses Herrn. (Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt. — Der Rest des Ordinariums wird ohne weitere wesentliche Debatte bewilligt.

Nächste Sitzung Mittwoch. Weiterberathung.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 22. Februar 1898.

Die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Beim Kapitel „Landräthliche Behörden" verweist

Abg. v. **Richthofen-Gäbersdorf** (kons.) darauf, daß die Befugniß der Gemeinden, die Kreissteuern auf ihren Haushalt zu übernehmen, für solche Gemeindesteuerpflichtigen, die in einer anderen Gemeinde wohnten, eine Doppelbesteuerung herbeiführe.

Wirklicher Geh. Oberreg.-Rath **Noell** erwidert, daß eine solche „Doppelbesteuerung", wie es der Vorredner nenne, auch in vielen anderen Fällen eintrete. Die Zeit seit dem Inkrafttreten

---

Märchen.

Roman von **F. Arnefeldt.**

13) Nachdruck verboten.

Hier endete ein Heft. Kiliane schob es von sich, ehe sie aber nach dem zweiten griff, stützte sie den Kopf in die Hand und schaute ein paar Minuten nachdenklich vor sich hin. So lebhaft ihre Phantasie, so leicht erregbar ihr ganzes Wesen war, besaß sie doch Verstandsschärfe genug, um das Unhaltbare an den Annahmen und den Behauptungen ihrer armen Mutter einzusehen. Wie groß mußte aber der Zauber gewesen sein, der von ihr ausgegangen, wie mußte ihr Gatte sie geliebt haben, um trotzdem so blindlings zu glauben und ihren Wahn zu theilen! Und dann doch dieses Ende dieser Ehe!

„Weiter, weiter!" flüsterte das junge Mädchen, die Hand auf das Herz drückend.

XI.

Kiliane warf einen Blick auf die Uhr, sie zeigte die zwölfte Stunde. Der Regen schlug gegen die Fensterläden; das sommerlich warme Herbstwetter schien ganz plötzlich eine Veränderung erfahren zu haben. Dagegen war es im Hause todtenstill; schwer beleidigt mußte die Großmutter sich zur Ruhe begeben haben, ohne sich nochmals um sie zu kümmern. Gleichviel. Das junge Mädchen schenkte diesem Vorkommniß kaum einen flüchtigen Gedanken. Es gab in diesem Augenblick nichts, was sie persönlich berührte, oder besser, sie besaß gar keine eigene Persönlichkeit, sondern ging ganz auf in der ihrer Mutter, selbst der Gedanke an Ernst von Wildenow war zurückgedrängt worden. Sie las weiter.

Das nächste Blatt, das sie aufschlug, war in Berlin geschrieben und berichtete den Tod des Dr. Klein. Er war am Tage vor der Ankunft des jungen Paares gestorben. Ganz verzweifelt schrieb Frau v. Brenken darüber:

„Dr. Klein todt; auch dieser Mund geschlossen! Lothar hielt es für angemessen, daß wir seinem Begräbniß beiwohnten, obwohl mich keine Bande des Blutes mit ihm verbinden. Er ist doch mein Vormund und Pflegevater gewesen. Alle, die mich an seinem Grabe weinen sahen, mußten glauben, daß ich ihn sehr geliebt habe; ach es war ja nur die Verzweiflung, die mir die Thränen erpreßte! Hätte ich ihn noch lebend gefunden, meine Bitte, meine Forderungen, die Erzählung dessen, was ich bereits erfahren, würden ihm doch den Mund geöffnet haben! Noch eine Hoffnung bleibt, vielleicht findet sich etwas in seinem Nachlaß!

* * *

„Nichts! Nichts!" heißt es auf dem nächsten Blatt. „Lothar, der als mein Bevollmächtigter der Eröffnung des Testamentes beigewohnt hat, rühmt die musterhafte Ordnung, in der der Verstorbene seine Angelegenheiten und ganz besonders die meinigen hinterlassen hat. Er hat mein Vermögen vorzüglich verwaltet und ansehnlich vermehrt; ich bin auch aus seinen eigenen Mitteln mit einem Legat bedacht, habe seine Bibliothek und andere Gegenstände aus seinem Nachlaß erhalten. Was hilft mir das alles? Nirgend ein Blatt, das sich auf meine Herkunft bezieht, ich bin und bleibe die Tochter seiner Schwester und des Kammerdieners Giffard.

Und ich bin es nicht, ich bin es nicht! Mehr als je bin ich davon überzeugt. Dr. Klein selbst hat mir den Beweis dafür geliefert. Warum hätte er mich, die Tochter seiner Schwester, mit einem kleinen Legat abgefunden und sein ganzes Vermögen milden Stiftungen vermacht, wenn er nicht gewußt hätte, daß ich ihm garnicht verwandt bin? Er wollte der Fremden nicht mehr geben, als unumgänglich nöthig war, um den Schein aufrecht zu erhalten? Ich werde nicht ablassen, meine Rechte zu verfolgen. Lothar sagt zwar, er liebe mich und sei glücklich in meinem Besitz, ob ich eine Gräfin Grittano oder eine geborene Giffard sei; er ist himmlisch gut, aber eben deshalb darf ich nicht erlahmen. Um seinetwillen muß ich in meine Rechte eingesetzt werden.

* * *

Wolken! Wolken auf der Stirne meines Geliebten! Er hat einen Brief von seinem Vater bekommen, dessen Inhalt er mir verbirgt, aber es müssen harte Dinge darin stehen. Dennoch rufen uns die Eltern zu sich. Morgen reisen wir nach Magdeburg. Mich friert, wenn ich an das Zusammentreffen mit dem Baron und der Baronin denke. Werden sie glauben, daß ich die Gräfin Grittano bin? Sie müssen es glauben. Der Präsident muß mir helfen, meine Ansprüche durchzusetzen!

* * *

Meine schlimmsten Vorahnungen sind übertroffen! klagt sie in Magdeburg. Man behandelt mich als einen Eindringling mit unbeschreiblicher Kälte und verletzendem Hochmuth und den armen Lothar wie einen verlorenen Sohn. Ueber meine Erzählungen lächelt der Präsident spöttisch und wegwerfend, seine Frau redet auf mich ein als ob ich ein Kind oder unzurechnungsfähig wäre. An Allem, was ich thue und sage, haben diese engherzigen, beschränkten Leute etwas auszusetzen. Ich halte es hier nicht lange aus! Ich ersticke in dieser Atmosphäre.

* * *

Kiliane stöhnte laut auf. Schilderte ihre Mutter nicht mit den letzten Worten den Zustand, in dem sie sich selbst neben der Großmutter oft befunden? Und wie sollte sich das erst in Zukunft gestalten? Doch es war jetzt keine Zeit darüber nachzudenken. Sie wandte sich wieder dem Tagebuch zu.

Mein Schwiegervater hat ein Verhör mit mir angestellt als ob er eine Angeklagte vor sich habe. Beweise, Beweise für meine Angaben will er haben. Was verlangt er denn noch mehr als das Bild, als die Erzählung der alten Eudossia, die ich ihm, wie ich sie niedergeschrieben, vorgelesen habe? Er lachte mich aus und dann wurde er streng und verächtlich. Er hat mir ins Gesicht gesagt, ich sei eine Betrügerin, die die ganze Geschichte nur ersonnen, um seinen unglücklichen, bethörten Sohn in meinen Netzen zu fangen! Wie abscheulich! Welch schmachvolles Betragen gegen eine Gräfin Grittano. O, diese verblendeten, diese verknöcherten Menschen sollen mir noch knieend Abbitte leisten.

* * *

„Es hat einen furchtbaren Auftritt zwischen Lothar und seinem Vater gegeben. Der Unmensch will unsere Ehe für ungiltig erklären lassen, weil sie ohne seine Einwilligung im Auslande geschlossen ist. Mein theurer Gatte hat ihm geantwortet, ihn von seiner Frau trennen, heiße ihn in Wahnsinn und Tod treiben. Seine Mutter hat mich beinahe kniefällig gebeten, ihr nicht ihren einzigen Sohn zu rauben, freiwillig auf ihn zu verzichten; es sei nur eine Verirrung, die ihn zu mir geführt. Nie habe ich das edle Blut in meinen Adern lebhafter und stärker gefühlt als in dem Augenblicke, wo ich ihr stolz den Rücken wandte."

* * *

Wieder in Berlin, befreit von jenen Leuten, die eine Atmosphäre wie in den Eisregionen umgiebt! Wir sind von Magdeburg abgefahren, der Abschied der Eltern auch von Lothar war sehr kühl und förmlich. Lothar ist traurig, er liebt die Mutter und verehrt den Vater. Die Entfremdung thut ihm weh. Aber ist sie meine Schuld? Warum sind sie so engherzig? Warum wollen sie mir nicht glauben?

* * *

Die nächsten Blätter schilderten die Einrichtungen, die das Paar für sein ferneres Leben in Berlin trifft und eine kurze Zeit scheint es, als ob die junge Frau Geschmack an der neuen Häuslichkeit findet, als ob sie sich für die Arbeiten ihres Mannes interessirt, als ob die Künstlerkreise, die sich ihnen öffnen, ihr zusagen. Der Gedanke an ihre vermeintlichen Rechte ist in den Hintergrund getreten; das Behagen eines stillen Eheglücks will erblühen.

Bald genug ändert sich das freilich. Frau von Brenken liest in der Zeitung, daß der junge Marchese del Vaste mit seiner Gemahlin in Berlin ist und im Hotel du Nord Wohnung genommen hat. Trotz der Warnungen und Abmahnungen ihres Gatten eilt sie zu ihm, läßt sich als Baronin v. Brenken melden, wird angenommen und erzählt dem Ehepaar ihre unglaubliche abenteuerliche Geschichte. Der Marchese hält sie für eine Bettlerin und will ihr ein Geldgeschenk geben; sie wirft es ihm vor die Füße und nun weist er ihr die Thür. Mit genauer Noth entgeht sie dem Schicksal, als Betrügerin oder Irrsinnige der Polizei überliefert zu werden. Alle Versuche, noch einmal zu den vermeintlichen Verwandten zu dringen, schlagen fehl.

Es kommt jetzt zu den ersten heftigen Auftritten zwischen den Gatten, denen zwar immer schnell die Versöhnung folgt, aber ein Bodensatz bleibt zurück. Schlimmer als das ist es aber, daß die Frau dadurch mehr und immer mehr in dem Wahn bestärkt wird, sie müsse ihre Ansprüche durchsetzen, müsse ihrem Mann und ihren Schwiegereltern beweisen, daß sie keine Betrügerin sei und keinem Trugbilde nachjage.

Der Präsident hat, trotzdem er ihren Mittheilungen keinen Glauben beimißt, doch an den Mar-

des Kommunalabgabengesetzes sei noch zu kurz, als daß bereits eine Revision versprochen werden könne.

Abg. v. Bockum-Dolffs (freikons.) empfiehlt durch häufigere Benutzung von Telegraph und Fernsprecher das Schreibwerk zu vermindern.

Minister des Innern Frhr. v. d. Recke ist bereit, diesen Vorschlag zu erwägen.

Abg. v. Heydebrand (kons.) fragt, nach welchen Gesichtspunkten die den Landräthen zugebilligten Dienstaufwandsentschädigungen vertheilt würden.

Geh. Oberreg.-Rath Lindig erwidert, daß dabei die besondere Lage der Kreise, die Nähe von Großstädten und Industriezentren, Grenzkreise und Gebirgsgegenden in Betracht kämen und nach den Vorschlägen der Regierungs- und Oberpräsidenten verfahren werde.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend" u. s. w. befürwortet

Abg. Brömel (fr. Vgg.) eine gründliche Reorganisation der Berliner Polizei und kündigt einen bezüglichen Initiativantrag an. Es müsse bei der Auswahl der Schutzleute eine größere Sorgfalt geübt werden. Dann müsse auf ein zuvorkommende Haltung der Beamten dem Publikum gegenüber gesehen werden. Von besonderer Wichtigkeit sei aber die Umgestaltung der Kriminalpolizei. Die große Anzahl unentdeckter Verbrechen, namentlich Mordthaten, lege die Vermuthung nahe, daß die Kriminalpolizei nicht so ihre Schuldigkeit thut, wie es der Fall sein sollte. Von den Mordthaten der letzten 10 Jahre seien 11 ungesühnt geblieben, aus dem letzten Jahre allein 4. Ebenso versage im Uebrigen die Polizei, wenn es sich um den Schutz des Publikums handle. Ein Posten nehme z. B. nicht werthvolle Fundsachen in Empfang, sondern verweise die Finder auf das Polizeibüreau. Da Viele nicht Zeit und Lust hätten, dorthin zu gehen, gingen solche Fundsachen sehr häufig verloren. Redner befürwortet sodann eine bessere finanzielle Stellung der Schutzleute in Berlin und in der Provinz. Ihr Gehalt sei absolut unzureichend, um sie gegen Versuchungen aller Art, die an keinen anderen Beamten leichter herantreten, als an die Schutzleute, sicherzustellen.

Minister Frhr. v. d. Recke: Daß die Schutzleute zuvorkommender gegen das Publikum sein sollten, habe er neulich selbst ausgesprochen. Speziell würde er es für richtig halten, wenn ein Schutzmann gefundene Sachen zur Polizeiwache bringt. Daß die Besoldungen der Schutzleute erhöht werden müssen, glaube auch er, die Frage unterliegt gegenwärtig Erwägungen.

Abg. Dr. Arendt (frk.) befürwortet ausgiebigere Benutzung des Telephons für Zwecke der Polizei. Insbesondere müsse dem Publikum die Möglichkeit geboten werden, in vorkommenden Fällen polizeiliche Hilfe telephonisch zu requiriren.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen" erklärt auf eine Anfrage des Abg. Groth (nl.)

Geheimrath Lindig, die Regierung sei gern bereit, die bisher im Kommunalpolizeidienst der Stadt Kiel angestellt gewesenen Schutzleute in die staatliche Polizei zu übernehmen.

Abg. Knebel (nl.) befürwortet die Besserstellung der Polizeiwachtmeister in Rang und Gehalt. Weiter wünscht Redner die Anstellung berittener Schutzleute nach Berliner Muster, auch in den größeren Provinzialstädten, beispielsweise in Köln.

Geheimrath Lindig erwidert, der Minister wünsche auch die Schaffung berittener Schutzleute für größere Provinzialstädte. Es werde dies in den nächsten Jahren verwirklicht werden.

Abg. Herold (Zentr.) wünscht eine bessere Zusammensetzung der Marktkommissionen. Dieselbe sollte nicht den Gemeinden überlassen werden, sondern von Staatswegen erfolgen, und zwar unter Berücksichtigung der Interessenten, vor allem der Handels- und Landwirthschaftskammern, damit zuverlässigere Preisnotirungen zu Stande kämen.

Geheimrath Kruse bemerkt, es schwebten darüber Erwägungen.

Abg. Gothein (fr. Vgg.) meint, die Zusammensetzung der Marktkommission müsse den Städten verbleiben. Die Mißstände, über die geklagt worden sei, seien vor allem auf zu geringe Zahl der Beamten, dann aber auch auf die Unzulänglichkeit der Gehalts- und Wohnungsverhältnisse zurückzuführen. Um die Avancementsverhältnisse der Schutzleute zu verbessern, empfiehlt Redner die älteren Wachtmeister als Polizeidirigenten für kleinere Städte auszubilden.

Geheimrath Lindig: Ueber die Besserung der Wohnungsverhältnisse für Schutzleute würden bereits Erhebungen angestellt.

Der Rest des Etats des Ministeriums des Innern veranlaßt keine wesentliche Debatte.

Nächste Sitzung: Mittwoch. (Antrag Herold betr. Uebernahme der Kosten für veterinärpolizeiliche Untersuchungen durch den Staat.)

Bezirksverband Westpreußischer Bauinnungen.

Danzig, 21. Februar.

In der ersten Sitzung wurden, wie schon erwähnt, kurze Berichte über die Verbands-Innungen erstattet; der Stand der Innungen ist folgender: Danzig 57 Mitglieder, 218 Lehrlinge, 71 Gesellen-, 5 Meisterprüfungen, Sterbekasse 47 Mitglieder, Vermögen 3000 Mk.; Elbing 50 Mitglieder, 88 Lehrlinge, 35 Gesellenprüfungen; Tiegenhof 9 Mitglieder, 126 Lehrlinge, 36 Gesellenprüfungen, Sterbe- und Wittwen-Kasse, 21 Mitglieder, 3340 Mk. Vermögen; Marienburg 9 aktive Mitglieder, 1 Ehrenmitglied, 22 Lehrlinge, 9 Gesellenprüfungen; Neustadt 9 Mitglieder; Thorn 28 Mitglieder, 227 Lehrlinge, 47 Gesellen-, 1 Meisterprüfung; Graudenz 16 Mitglieder, 208 Lehrlinge, 72 Gesellenprüfungen, Sterbe- und Wittwenkasse 16 Mitglieder, Vermögen 2460,15 Mk.; Kulm 10 Mitglieder, 79 Lehrlinge, 44 Gesellenprüfungen; Dt. Krone 4 Mitglieder, 14 Lehrlinge, 6 Gesellenprüfungen; Konitz 12 Mitglieder, 55 Lehrlinge, 27 Gesellenprüfungen; Mewe 3 Mitglieder; Dirschau 5 Mitglieder, 21 Lehrlinge, 7 Gesellenprüfungen; Strasburg 5 Mitglieder.

Herr Herzog berichtet über den 13. Delegirtentag des Innungs-Verbandes deutscher Baugewerksmeister zu Leipzig. Es sei dem Reichs-Versicherungsamt wieder eine Petition zugegangen, daß zur Kontrole über die Rüstungen, die gesundheitlichen Einrichtungen 2c. auf Bauten Aufsichtsbeamte aus den Kreisen der Arbeitnehmer gewählt werden sollten. Man sei aber über die Petition, die von Unwahrheiten und Uebertreibungen strotzte, zur Tagesordnung übergegangen. Weiter wurde abgelehnt eine beabsichtigte Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes. Dann war von der Regierung eine Aenderung der Schiedsgerichte vorgeschlagen dahin, daß Schiedsgerichte immer für einen besonderen Bezirk, aber da für alle berufsgenossenschaftlichen Zweige gemeinsam, eingerichtet werden sollten; auch die Annahme dieses Vorschlages erschien unmöglich, da die Schädigung der Betheiligten, wenn z. B. ein Mechaniker über einen Tischler urtheilen solle, zu groß sein dürfte. Im Uebrigen wurde auf dem Delegirtentag über die Reorganisation des Handwerks berathen. Die Mehrheit neigte sich der Zwangsinnung zu, wenn auch zugegeben wurde, daß eine freie Innung mit tüchtigen Kräften ebenso Gutes leisten könnte. Die Bildung von Innungsausschüssen wurde besonders im Baugewerbe als ersprießlich angesehen. Ein wichtiger Punkt war die Frage des Befähigungsnachweises im Baugewerbe, und zwar besonders des von den Westpreußen angestrebten. Die Sache war auf dem vorigen westpreußischen Bezirkstage beschlossen und dem Zentralvorstand vorgelegt, gleichzeitig mit einem vom Referenten ausgearbeiteten Prüfungs-Regulativ. Da aber kamen Differenzen mit dem früheren Minister v. Berlepsch, der wohl den Befähigungsnachweis im Baugewerbe zulassen wollte, wenn Unterschiede zwischen kleinen und großen Meistern gemacht würden. Inzwischen ist in der Sache wieder eine neue Wendung eingetreten, da bereits in der nächsten Reichstags-Session eine Gesetzesvorlage, betreffend den Befähigungsnachweis eingebracht werden soll.

Ueber das Ergänzungsgesetz zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 referirte Herr Herzog, anknüpfend an die auf dem letzten Bezirkstage gefaßten Beschlüsse, wo man sich sagte, wenn es nicht anders gehe, wolle man sich mit der Handwerkskammer einverstanden erklären, sonst aber auf weitere Umgestaltung verzichten. Zwang soll auf keine Innung, die ihre Pflichten erfülle, ausgeübt werden. Redner behandelt nunmehr die einzelnen Gesetzesbestimmungen. Er empfahl Allen dringend, mit der Bildung von Innungs-Ausschüssen vorzugehen. Bei der unabweislichen Neuregelung der Statuten soll man auf die Wahl von Innungsbeauftragten Rücksicht nehmen, da man im Ministerium seit längerer Zeit mit der Idee umgehe, die Bauaufsicht unter die Gewerbeordnung zu stellen und hierfür besondere Innungsbeauftragte zu ernennen.

Ueber die Revision der Normalien für Abschätzung von Bauwerken und für Gebühren der Bausachverständigen referirte Herr Heinrichs-Danzig; er sprach sich im Namen der Kommission dahin aus, daß die Normalien sich gut bewährt haben, aber einer Revision bedürfen.

Herr Herzog theilte hierzu zwei besondere Anträge der Bauinnung Danzig mit, betr. fortlaufende Revision bezw. Ergänzung des Tarifs für Bauwerke und Bauarbeiten und Ergänzung des Gebühren-Tarifs für Bausachverständige (Bauleitung 2c).

Der erstere Punkt wurde abgelehnt, in zweiten wurde beschlossen: Der Bezirksvorstand wird beauftragt, an der Hand der Hamburger Normen den Preis in das Regulativ einzufügen, mit der Anpassung, daß bis zu zehn Prozent unter die Hamburger Norm heruntergegangen werden könne.

In der Schlußsitzung des Baugewerksbezirkstages wurde als Beisitzer der Prüfungskommission in Dt. Krone Herr Lippke-Marienburg, als zweiter Stellvertreter Herr Fischer-Graudenz gewählt.

Der Etat für 1898/99 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 1100 Mark festgesetzt.

Es folgte die Besprechung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der Bauforderungen. Der Referent verlas die Denkschrift, in welcher die unsauberen Verhältnisse geschildert werden, die leider oft bei Neubauten dadurch vorkommen, daß der Baustellenverkäufer einen Strohmann als Bauunternehmer vorschiebt, daß später bei der unausbleiblichen Zwangsversteigerung die Forderungen der Handwerker und Arbeiter ausfallen und der Baustellenverkäufer oder ein Bankinstitut das im Rohbau fertige Gebäude zu einem billigen Preise ersteht. Es wurde dann der Entwurf verlesen. Es handelt sich um ein Reichsgesetz, auf Grund dessen die einzelnen Bundesregierungen ermächtigt werden, gegen den Bauschwindel Maßnahmen zu treffen. Weiter wurde der Ausführungsgesetzentwurf für Preußen verlesen, in welchem besonders die Schaffung eines Bauschöffenamtes vorgesehen ist. Der Bezirkstag erklärte sich mit den Entwürfen einverstanden. (Gesellige.)

Von Nah und Fern.

* **Ein Meisterstück des Bureaukratismus** berichtet der Wüstegiersdorfer Grenzbote: Ein Arbeiter zog im Oktober v. J. von Donnerau nach Nieder-Wüstegiersdorf, wo ihm sein 3 Monate altes Kind starb. Das Ableben desselben wurde vorschriftsmäßig standesamtlich gemeldet. Das Kind war noch nicht impfpflichtig. Im Januar d. J. erließ die Gemeinde folgende Bekanntmachung: Bis zum 30. Januar cr. müssen alle auswärts geborenen und hier zugezogenen Kinder, welche nicht, oder bisher ohne Erfolg geimpft worden sind, behufs Eintragung in die Impfliste im hiesigen Gemeindebureau angemeldet werden. — Der Arbeiter hat kein impfpflichtiges Kind. Er bezog also obige Bekanntmachung nicht auf sich, trotzdem bekam er dieser Tage einen Strafbefehl von 1 Mk. Auf seinen dagegen erhobenen Widerspruch, in welchem er die Angelegenheit klargelegt hat, ging ihm seitens des Amtsvorstehers folgender Bescheid zu: . . . . . mit dem Erwidern zurück, daß es ganz gleichgiltig ist, ob das Kind verstorben ist oder lebt; dasselbe mußte zur Impfpflicht angemeldet werden. Im Uebrigen kann ich Ihnen nur anheimstellen, richterliche Entscheidung zu beantragen.

---

chese del Vaste und an den Grafen Grittano geschrieben und höflich gebeten, ihn wissen zu lassen, ob irgend etwas an der Sache sei. Beide haben geantwortet, jeder in seiner Weise, aber übereinstimmend, die junge Frau müsse eine Wahnsinnige oder eine Betrügerin sein, es sei in ihren Familien nichts vorgekommen, was eine Behauptung wie die ihrige rechtfertigen oder nur veranlassen könne.

Baron von Brenken sendet die Schreiben an seinen Sohn, und nun bittet, beschwört Lothar seine Frau, von ihren vergeblichen Versuchen abzulassen.

„Ich zweifle nicht an Dir, sagte er. Bin mit Dir überzeugt, daß Du ein Abkömmling jener erlauchten Familie bist, aber laß Dir daran genügen. Mir könntest Du, würdest Du als solche anerkannt, nicht theurer werden als Du bist, und was geht uns die Welt an? Laß mich meiner Kunst leben, dann hoffe ich, wirst Du auf den Namen, den Du trägst, stolz sein und Dir nach keinem anderen gelüsten. Jage nicht Irrlichtern nach, Du zerstörst dadurch nur Deinen und meinen Frieden!"

Frau von Brenken hatte diese und ähnliche Reden ihres Mannes in ihrem Tagebuch wörtlich niedergeschrieben, an den dazu gemachten Bemerkungen geht aber hervor, daß sie ohne Eindruck auf sie geblieben sind, ja daß sie die entgegengesetzte Wirkung hervorgebracht haben. Allmählich macht sich eine gereizte Stimmung gegen den noch immer heißgeliebten Mann bemerkbar, die von Blatt zu Blatt stärker hervortritt. Während Kiliane die Niederschrift der Mutter las, empfand sie zugleich das innigste Mitleid mit dem Vater, dessen feinbesaitetes Künstlergemüth unsäglich gelitten haben mußte, als er bei der Frau, für die er so viel geopfert, auch nicht das leiseste Verständniß fand für das, was ihm am Höchsten stand, für seine Kunst.

Lothar hat ein neues Bild begonnen, las Kiliane, Tag für Tag ist er im Grunewald gewesen, um die Landschaft aufzunehmen, und jetzt ist er nicht aus seinem Atelier zu bekommen, er malt vom frühen Morgen bis zum sinkenden Abend, kaum daß er sich Zeit nimmt zu den Mahlzeiten. Wozu das alles? Was kommt darauf an, daß er ein Bild fertig macht? Meine Rechte soll er verfechten. Das habe ich von ihm erwartet, das hat er mir versprochen, als wir uns verlobten, und jetzt läßt er mich allein und zürnt mir noch, daß ich kein Interesse für seine Kunst habe!

Immer schwerer seufzte Kiliane, immer tiefer ließ sie den Kopf sinken, während sie die Schilderungen der thörichten, unfruchtbaren Schritte verfolgte, die ihre Mutter unternommen, um die Anerkennung ihrer vermeintlichen Rechte zu erzwingen. Brief auf Brief schreibt sie nach Italien, ohne je eine Antwort zu erhalten, man sendet ihr sogar ihre Briefe uneröffnet zurück. Verständige, ehrenhafte Rechtsgelehrte, denen sie ihre Angelegenheit vorträgt, weisen jede Einmischung zurück und rathen ihr, diese gänzlich unhaltbare Sache fallen zu lassen; alle diese Warnungen befestigen sie nur in ihrem Glauben. Frau von Brenken argwohnt, daß Jeder, der die Sache nicht mit ihren Augen anschaut, von dem Schwiegervater beeinflußt sei; stärker und stärker tritt es hervor, daß sie bereits zur fixen Idee bei ihr zu werden beginnt.

Sie geräth in die Hände von Winkeladvokaten, die sie schamlos ausbeuten und immer mehr in ihren Wahn hineintreiben. Ihr Gatte sieht sich gezwungen, dagegen aufzutreten, Zerwürfniß und das Einmischen der Schwiegereltern treibt zu der Katastrophe.

Frau von Brenken redet sich immer tiefer in den Haß gegen den Mann, den sie einst geliebt oder zu lieben geglaubt hat. Voll Hohn schildert sie, wie es mit seiner Kunst abwärts geht, wie er sich einem wüsten Lebenswandel ergiebt und scheint nicht zu ahnen, daß sie es ist, die ihn dazu getrieben, die sein Leben und Streben vernichtet hat. Mit einer Schadenfreude, die schon etwas Irrsinniges hat, frohlockt sie darüber, daß es ihr gelungen, ihm zu verbergen, daß sie Mutterhoffnungen habe. Er soll die Vaterfreude, die er so lange ersehnt, nicht genießen; das Kind, das sie erwartet, gehört ihr allein, es soll nicht den Namen Brenken tragen, es soll ein Graf Grittano sein. Sie verdoppelt ihre thörichten, fruchtlosen Bestrebungen.

* *
*

Lothar von Brenken hat den letzten schweren Schritt gethan und sich von seiner Frau getrennt. Wüßte Kiliane nicht durch die Erzählung der Großmutter die näheren Umstände aus den Aufzeichnungen der Mutter, würde sie sich kein Bild davon machen können, denn sie sind kurz, abgerissen, völlig unklar und fortan nur in langen Zwischenräumen gemacht; dagegen werden sie immer herzzerreißender; die unglückliche Frau jammert nach dem Gatten und nach dem Kinde.

* *
*

Sie sagen, das Kind, das ich geboren, sei todt zur Welt gekommen. Es ist nicht wahr! In der tiefen Ohnmacht, die mich gefangen gehalten, habe ich seinen Schrei gehört; mein Kind lebt, aber das böse Weib, meines Mannes Mutter, hat es mir genommen! Sie sagen, auch Lothar sei todt, aber auch das ist Lüge, wie alles, alles, was aus dem Munde jener Menschen kommt. Sie glauben, ich sei ein schwaches Weib und sie können mit mir verfahren wie sie wollen. Aber sie täuschen sich. Ich bin die Löwin, die um ihr Junges kämpft! Mein Kind! Meine Rechte! Ich muß sie erkämpfen um Deinetwillen!

* *
*

Ist es ein Knabe oder Mädchen, das Kind, das sie uns entrissen haben? Ich muß es wissen! Mein Kind, mein Kind will ich haben!

* *
*

Diese elenden, grausamen Menschen! Wie eine Bettlerin, nein, wie eine Verbrecherin haben sie mich von ihrer Schwelle gewiesen! Ich habe kein Kind, erklärt mir hohnlachend das böse Weib. Ich habe keinen Gatten mehr, bin von ihm geschieden und er ist todt; ich, ich soll es sein, die ihn gemordet hat. Fluch ihnen! Sie treiben mich in's Verderben! Räuber, Räuber, gebt mir mein Kind, mein Kind!

* *
*

Kiliane schauderte, Thränen, schwer und glühend wie geschmolzenes Blei, tropften ihre Wangen hinab und fielen auf das Papier. Die Mutterliebe machte die Arme so hellseherisch. Keine Minute läßt sie sich von der Ueberzeugung abbringen, daß ihr Kind am Leben sei. Die Aufgabe, die sie sich gestellt, ist jetzt eine doppelte. Sie will ihr Kind auffinden; sie will die Anerkennung ihrer Rechte durchsetzen. Beides ist so schwer, so unerreichbar, daß sie daran zu Grunde gehen muß!

Was ihr die Großmutter verschwiegen, das erfährt Kiliane aus diesen Blättern. Ihre Mutter ist wieder und wieder zum Präsidenten von Brenken und seiner Frau gekommen. Man hat sie nicht vorgelassen, ihre Briefe sind unbeantwortet geblieben, man hat sich gänzlich von ihr losgesagt!

Die Aufzeichnungen haben immer größere Lücken. Jahre hindurch hat die Mutter nicht eine Zeile niedergeschrieben. Aus den späteren meist recht zusammenhanglos hingeworfenen Sätzen entnimmt die Tochter, daß die Arme in einer Heilanstalt gewesen ist und unter Vormundschaft gestanden haben muß.

„Frei! Frei!" schreibt sie dann. „Ich darf wieder gehen, wohin ich will! Sie haben mir auch meine Sachen wiedergegeben. Was habe ich denn verbrochen, daß man mich so lange eingesperrt hat? Weil ich sage, daß ich ein Kind gehabt, weil ich weiß, daß ich nicht die Tochter des Kammerdieners Giffard bin, sondern meine Eltern der Graf Grittano und die Marchesa del Vaste waren, haben sie mich in jenes Haus mit den vergitterten Fenster, hinter die hohen Mauern gebracht! Ich will zu Niemand mehr davon sprechen, aber ich will suchen — suchen."

Kiliane war es, als höre sie aus diesen Worten das listige, verschmitzte Lachen einer Wahnsinnigen, die darauf ausgeht, ihre Umgebung über ihren Zustand zu täuschen, und das scheint Frau v. Brenken gelungen zu sein. Wie sich aus den folgenden Aufzeichnungen ergiebt, ist die Vormundschaft aufgehoben, sind ihre von dem bestellten Pfleger in Verwahrung gehaltenen Habseligkeiten ihr zurückgegeben, hat sie auch wieder die Verfügung über ihr Vermögen erhalten.

Die Blätter, die nun kommen, sind aus Venedig, sind aus Rom datirt. Frau von Brenken ist nach Italien gereist, um an Ort und Stelle ihre Ansprüche zu verfolgen. Es gelingt ihr, sich Eingang in den Palazzo del Vaste zu verschaffen; noch einmal will sie das vermeintliche Bildniß ihrer Mutter sehen und es mit ihrem Pastellgemälde vergleichen. Es befindet sich nicht mehr an seinem früheren Platze, sie kann nicht erfahren, wohin es gekommen, und sie sieht in diesem Umstande nur einen neuen Beweis für ihre Behauptung; man hat das Bild entfernt, das Zeugniß für ihre Behauptung ablegen soll.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

§ Gesunde Moden. Was den Predigten der Aerzte bisher nicht gelungen ist, hat die Mode durchgeführt: das Mieder beginnt zu verschwinden, eigentlich nur für das Auge, denn es wird kürzer getragen und hält nur noch die Taille zusammen. Infolge dessen befindet sich die gesammte Mode in einer großen Revolution, das Aussehen unserer Frauen wird total verändert. Die meisten Taillen werden übergehend getragen, was einen malerischen Reiz ausübt. Im eben erschienenen Heft 11 der **„Wiener Mode"** finden wir über zwanzig solch' neuartiger Modelle, und zwar Blousen, Blousenjacken, Schoßblousen, Blousenspencer mit Frackschoß und Mäntel. Auch die gratis beiliegende „Kinder-Mode" enthält viele hübsche und praktische Kleider. Einzelne Hefte à 45 Pfg., Abonnement à 2,50 M. in allen Buchhandlungen.

§ Mit der 7. Lieferung hat die im Erscheinen begriffene neue Auflage von **„Bock's Buch vom gesunden und kranken Menschen"** die dritte Abtheilung begonnen, welche die Gesundheitspflege behandelt. Es ist überflüssig, auf die große Bedeutung dieses Abschnittes hinzuweisen: denn mit dem Ausspruche, welchen Bock an den Anfang desselben stellte, „daß es leichter sei Krankheiten zu verhüten, als zu heilen," ist heutzutage jedermann einverstanden. Von den Kapiteln dieses Abschnittes sind besonders die über Ernährung des Menschen (7. Lieferung) und über Pflege des Neugeborenen (10. Lieferung) zu erwähnen. Beide sind entsprechend den Fortschritten der Wissenschaft umgearbeitet worden. Der Bearbeiter, Dr. Camerer, dessen langjährige Untersuchungen über Ernährung und Stoffwechsel des Säuglings bei allen Fachmännern rühmlichst bekannt sind, war hierzu in erster Linie geeignet, und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen, die bisher wohl in keinem populären Buche kurz und bündig dargestellt sind, werden nicht verfehlen, das Interesse der Mütter in hohem Grade zu erregen.